

UNABHÄNGIGE Bauernstimme

November 2000 Nummer 228
K 12858 / 5,00 DM

Eine Zeitung von Bäuerinnen
und Bauern



Bauern besetzen Haus der Pflanzenzüchter

Schwerpunkt

Bedrohte Nutztierassen

Auf Höfen und in Tierparks erhalten die alten Rassen wieder Einzug. Wegen besonderer Milchproteine züchtet Christian Janshen die Zweinutzungsrasse Alte Schwarzbunte, die auch auf der Domäne Frankenhausen geschätzt wird und dort nach Jahren wieder zurückkehrt. Berichte über Erfolge und Grenzen der Erhaltungsarbeit der 90 bedrohten Nutztierassen sowie über Förderungen von EU und Ländern auf den Seiten 11 – 14

Bewegung

Bauern besetzten Treuhandgebäude

Mit der Forderung, die Nachbau-Klagen ruhen zu lassen, besuchten Bauern der IG-Nachbau und der Abl den Pflanzenzüchterverband in Bonn, bei dem sie wenig willkommen waren. Der Streit um den Nachbau und die Auskunftspflicht über Saatgut eskaliert weiter. Seite 3

Ökoprüfzeichen

Ein Ende des Schattendaseins ist nicht abzusehen. Nach jahrelangen Verhandlungen ist das Ökoprüfzeichen endlich da, aber kaum einer will es. Nicht einmal über die Bedingungen für die weitere Vergabe besteht Einigkeit. Sollen weiterhin die schärferen AGÖL-Regeln gelten oder schon die EU-Öko-Normen ausreichen, und was ist mit ausländischen Waren? Seite 15

Politik

Unfallversicherung soll sparen

Die Reform der Unfallversicherung steht nun an. Der Bundesrechnungshof hat eine Streichliste erarbeitet, nach der Klein- und Nebenerwerbsbetriebe keinen Bundeszuschuss mehr erhalten sollen. Minister Funke weist das zurück, während der DBV schon über die Verwendung der eingesparten Mittel nachdenkt. Seite 2

Herausforderung EU-Osterweiterung

Schlüssige Konzepte für eine Gemeinsame Agrarpolitik in der EU mit den 10 Beitrittsländern fehlen noch. Der Abbau von Zöllen gibt noch keine Antworten auf die Frage, wie der Wandel der Landwirtschaft gestaltet werden soll. Seite 16 – 17

weitere Themen

EU-Kommission will Bürokratie abbauen Seite 6, Offene Deklaration für Futtermittel kommt Seite 7, Extensive Grünlandnutzung Seite 8, Neue Schweine-Kooperationen Seite 10, Abl-Bundesmitgliederversammlung – Auf nach Altenkirchen am 24.11.2000! Seite 4

Der Bundesrechnungshof hat wieder ein Papier erarbeitet, und selbstverständlich kommt heraus, dass man viel Geld sparen könnte. Steinbruch ist die landwirtschaftliche Unfallversicherung mit jährlichen Ausgaben von 1,8 Mrd. DM, wovon der Bund dieses Jahr 500 Mio. DM übernimmt – das sind schon 115 Mio. DM weniger als noch 1998. Doch dieser Sparbeitrag reicht den Frankfurter Rechnungsprüfern nicht. Sie haben erneut den Rotstift gespitzt. Dabei kam ihnen der völlige Versicherungsausschluss von Nebenerwerbsbetrieben, die weniger als ein Drittel ihres Einkommens aus der Landwirtschaft beziehen, in den Sinn. Ein äußerst unqualifizierter Sparvorschlag. In unserem Staat sind alle Arbeitnehmer, egal ob sie vollzeit oder nur stundenweise arbeiten, gut oder gar nicht bezahlt werden, gegen Unfallfolgen zu versichern. Warum soll Arbeit im Nebenerwerb dieses Schutzes plötzlich nicht bedürfen?

Weiteres Sparpotenzial sieht der Rechnungshof in der erneuten Anhebung des Mindestbeitrages, ab dem ein Bundeszuschuss gezahlt wird, auf 600 DM. Dieser Betrag ist gerade erst von 150 auf 450 DM heraufgesetzt worden. Dabei fielen für ca. 340.000 Betriebe die Bundeszuschüsse weg, ihre Beiträge stiegen um 50 - 100 %. Die 450-Marks-Grenze entspricht je nach Region einer Betriebsgröße von etwa 3 - 5 ha. Diese Betriebe stellen den Großteil der Versicherten: Von den ca. 1,7 Mio. Beitragszahlern haben rund 1,1 Mio. weniger als 5 ha Fläche. Die Anhebung des Mindestbeitrags auf 600 DM würde auch die letzten dieser Gruppe vom Bundeszuschuss ausschließen. Dass in erster Linie Nebenerwerbsbetriebe betroffen sind, ist nach Meinung des Rechnungshofes gerechtfertigt, da diese Betriebe den größten Teil ihres Einkommens außerhalb der Landwirtschaft erzielen und daher eine Entlastung nicht benötigen. Eine strukturpolitisch gefährliche Sichtweise, denn schließlich leisten die Nebenerwerbslandwirte im ländlichen Raum einen wichtigen Beitrag

– nicht zuletzt, weil sie an der Schnittstelle zwischen Landwirtschaft und anderen Berufsgruppen tätig sind. Das Signal der Rechnungsprüfer lautet: Klein-

KOMMENTAR

Solidarität

und Nebenerwerbslandwirte, seht zu, wie ihr zurecht kommt! Aber auch aus der Haushalts-Logik ist der Vorschlag dreist: Die Gruppe der Betriebe mit bis zu 5 ha zahlt über ihre Beiträge mehr in die Unfallversicherung ein als sie an Leistungen erhält. Netto-Empfänger dieser Solidargemeinschaft ist die Gruppe der mittleren, viehhaltenden Betriebe mit 20 bis 100 ha Land.

Ein anderer Vorschlag der Haushaltsprüfer lautet, die Unfallrenten für über 65-Jährige zu streichen, auch wenn sie als kräftig anpackende „Altenteiler“ einen Unfall erleiden. Die Begründung: Die Altenteiler beziehen ja schon eine Altersrente. Die aber steht ihnen doch wohl zu und hat mit der Unfallrente nichts zu tun. Die Mehrzahl der Altenteiler über 65 ist auf dem Betrieb noch fest eingepflanzt, als Arbeitskraft. Wenn die ausfällt, muss Ersatz bezahlt werden.

Minister Funke hat die Vorschläge des Rechnungshofes, die sich auf die Nebenerwerbsbetriebe beziehen, scharf zurückgewiesen, was anzuerkennen ist. Ganz anders der DBV, er kritisiert weder den Ausschluss der Kleinbetriebe vom Zuschuss noch die vorgeschlagenen Kürzungen im Leistungsbereich. Hier, wo es um die Mehrzahl der Bauern und Bäuerinnen geht, verstummt er. Er wird Gründe dafür haben. Es kracht im Verband angesichts der regional sehr unterschiedlichen Berufsgenossenschaftsbeiträge, die im Rahmen der Organisationsreform der Versicherungsträger angeglichen werden müssen. Da könnten die Vorschläge des Rechnungshofes eine willkommene Vorarbeit für den DBV sein. Präsident Sonneitner will nämlich mögliche Einsparungen nutzen, um die Nettobeiträge der Landwirte zu senken. Aber: Den Kleinen und den Unfallbetroffenen zu nehmen, um die anderen zu entlasten – das ist Solidarität auf den Kopf gestellt.

Ulrich Jasper

Unfallversicherung wohin?

Diskussion um Reform der Unfallversicherung in vollem Gang

Drei Ereignisse haben die Reform der Landwirtschaftlichen Unfallversicherung nach oben auf die agrarpolitische Tagesordnung gesetzt. Anfang Oktober hat das Bundesarbeitsministerium einen Referentenentwurf zur Organisationsreform der landwirtschaftlichen Sozialversicherung vorgelegt. 14 Tage später ist ein interner Prüfbericht des Bundesrechnungshofes an die Öffentlichkeit gelangt, der mit einer Streichliste bei Zuschuss- und Leistungs-Empfängern gut ein Fünftel des Bundeszuschusses zur Unfallversicherung eingespart sehen will. Und dann gab es Ende Oktober eine Klausurtagung des Deutschen Bauernverbandes (DBV), auf der die Unfallversicherung einen breiten Raum eingenommen hat, ohne zu einem Ergebnis zu kommen.

Reform der Struktur

Die Bundesregierung verfolgt mit der Organisationsreform der Sozialversicherung zwei Ziele. Zum einen soll durch Zusammenlegungen der heute 19 Versicherungs-Träger im Bundesgebiet Kosten

haltspläne der Träger zu genehmigen.

Streichliste

Weit wichtiger als die Organisationsreform ist für die Versicherten und Beitragszahler die Frage, wie sich die Beiträge, die Bundeszuschüsse und die Versicherungsleistungen entwickeln werden. Neuen Druck erhält diese Debatte durch den neuen Bericht des Bundesrechnungshofes mit seinen Sparvorschlägen. Klein- und Nebenerwerbsbetriebe sollen danach keine Bundeszuschüsse mehr erhalten. Auf der anderen Seite soll eine Höchstgrenze für den Bundeszuschuss zur Unfallversicherung von 5000 DM pro Betrieb und Jahr eingeführt werden (beträfe 7.800 Betriebe). Unternehmen der öffentlichen Hand, wie kommunale Forstbetriebe, sollen vom Bundeszuschuss ausgeschlossen werden. Auch der Kreis der Leistungsbezieher soll verkleinert werden: wer über 65 Jahr alt ist, soll keine Unfallrente mehr erhalten, und eine Unfallrente soll nicht mehr ab einer Minderung der Erwerbsfähigkeit um 20 % gezahlt werden, sondern erst ab 30 %. Zusammen genommen kommt der Rechnungshof auf ein Einsparpotential von 145 Mio. DM im Jahr gegenüber 2000.

DBV schweigt

Der DBV hat zu diesen Sparvorschlägen im Einzelnen keine Stellung bezogen, sondern nur zur Einsparsumme insgesamt. Die dürfe der Bund nicht dazu nutzen, seinen Beitrag zur sozialen Sicherung der Landwirte zu kürzen, vielmehr müsse der Betrag genutzt werden, um die „Nettobeiträge“ der Landwirte zur Unfallversicherung zu senken. Der Berichterstatter für den Agrarhaushalt im Haushaltsausschuss des Bundestages, Matthias Berninger (Grüne), hat sich gegenüber dem Informationsdienst AgraEuropa da viel klarer geäußert: Es sei notwendig, die einzusparenden Mittel vor allem zugunsten kleiner und mittlerer Betriebe einzusetzen, „um die Symmetrie zwischen Groß und Klein wieder herzustellen“. Denn bei der Agenda 2000 und der Agrardieselregelung seien die Großbetriebe gut weggekommen, während die Sparmaßnahmen bei der Alterssicherung eindeutig zu Lasten kleinerer Unternehmen gegangen seien. Man müsse gute Argumente haben, um eine Beitragsentlastung für kleine und mittlere Betriebe in der Unfallversicherung abzulehnen, so Berninger. Darauf jedoch geht der DBV in einem Brief an Berninger nicht ein, sondern lobt lediglich, dass der Grüne sich für die Beibehaltung der Bundesmittel für die Unfallversicherung einsetzt.



Wie sollen Unfälle versichert werden?

eingespart werden. Von seiner ursprünglichen Überlegung, die 19 Träger zu einem bundesweiten zu fusionieren, ist der Bund aber abgerückt. Nun sollen es sieben (plus einen bundesweiten für den Gartenbau) werden. Darüber besteht mittlerweile weitgehend Einigkeit mit den (selbstverwalteten) Trägern.

Der andere Grund für die Reform betrifft die Kompetenzfrage. Der Bund möchte mehr Einfluss bei der Ausgabenpolitik der Versicherungsträger bekommen, schließlich zahlt er von den rund 13 Mrd. DM Gesamtausgaben etwa 7,2 Mrd. DM im Jahr (1999). Hier möchte der Bund eine direkte Mitentscheidung, indem er sich das Recht einräumen will, die Haus-

„Wir kommen wieder!“

Bauern der Interessengemeinschaft und der AbL „besetzten“ Gebäude der Pflanzzüchter. Ihre Forderung lautet: Lasst die Klagen ruhen, bis die höchsten Gerichte entschieden haben!

Donnerstag, 19. Oktober: Um 19.48 Uhr macht der Internet-Nachrichtendienst „agrar.de“ mit der Überschrift auf: „AbL besetzt Gebäude der Saatgut-Treuhand“. 60 Bauern und Bäuerinnen hatten nachmittags der Zentrale der deutschen Pflanzzüchter einen zweistündigen Besuch abgestattet. Einer von ihnen hatte vorher einen Termin mit dem Geschäftsführer der Saatgut-Treuhand Verwaltungs-GmbH, einer Tochtergesellschaft des Bundesverbandes Deutscher Pflanzzüchter, abgemacht. Das nutzten die Bauern der Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren und der AbL mit Unterstützung von Greenpeace, um gleich mitzukommen und die Mitarbeiter der Saatgut-Treuhand direkt mit der Betroffenheit der Bauern und Bäuerinnen zu konfrontieren. Einige eifrige Mitarbeiter versuchten kurze Zeit, den Besuch vor der Tür zu halten und nur eine Delegation von fünf Leuten in das weiße Haus zu lassen. Doch die Bauern wollten nur gemeinsam als große Gruppe hereinkommen.

Schließlich hatten die meisten von ihnen einen Weg nach Bonn hinter sich. Ein Bus mit 30 Bauern war sogar früh morgens im Wendland gestartet. Das zeigt, wie groß die Wut darüber ist, dass die Pflanzzüchter, vermittelt über ihre Saatgut-Treuhand, immer mehr Bauern vor den Landgerichten auf Auskunft über ihren Ackerbau verklagen – und das, obwohl in dieser Sache Entscheidungen beim Bundesgerichtshof (BGH) und beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) anstehen (siehe Kasten). Bundesweit hat die Saatgut-Treuhand mittlerweile über 2.500 Bauern verklagt, davon über 1.000 allein in Bayern. „Der Streit zwischen dem Bund der Deutschen Pflanzzüchter und den Landwirten eskaliert“, so Georg Janßen, Geschäftsführer von AbL und Interessengemeinschaft. „Die Bauern sind nicht bereit, Auskünfte über ihren Anbau zu geben. Und die Pflanzzüchter versuchen in diesen Wochen, über eine wahre Klagegelle den immer stärker werdenden Widerstand der Landwirte zu ersticken“, erzürnte sich Janßen.

Cooler Winter

„Die Herrschaften sind missgeleitet“, empfangt der Geschäftsführer des Bundesverbandes deutscher Pflanzzüchter (BDP), Joachim Winter die Bauern. Es dauerte einige Zeit, bis Winter wegkam von Sprüchen wie:

„Ich hab' noch keinen Landwirt gesehen, der wegen Nachbaugebühren Pleite gehen muss.“ Zur Forderung der Bauern, die Klagen auszusetzen, bis die höchsten Gerichte entschieden haben, sagte Winter: „Wir sind nach

gründlicher Überlegung im Rahmen unseres Verbandes zu dem Schluss gekommen, ein bundesweites Moratorium aus Interesse der Züchter nicht zu unterstützen.“

„Wer Wind sät, wird Sturm ernten“, so

der Sprecher der Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze, Adi Lambke aus dem wendländischen Jämlen. Er forderte die Pflanzzüchter und auch deren Kooperationspartner, den Deutschen Bauernverband (DBV) auf, sich bis zum 1. Dezember für ein Aussetzen aller Klagen (Moratorium) zu entscheiden. Für den Fall, dass sich die Pflanzzüchter dazu nicht entschließen würden, kündigte Lambke an: „Wir kommen wieder!“

Nächstes Mal beim DBV

Nach der Aktion versuchte der BDP, die Ausstrahlung der Sendung über die Aktion im ZDF (Sendetermin 25.10.00) noch zu stoppen. Zum Redaktionsschluss schien das nicht zu klappen. Die Bauern und Bäuerinnen von Interessengemeinschaft und AbL werden aber auch den Deutschen Bauernverband als Kooperationspartner der Züchter nicht in Ruhe lassen, so Geschäftsführer Georg Janßen. Vor dem Hintergrund der hohen Zahl verklagter Bauern in Bayern, ist eine Aktion beim Bayerischen Bauernverband geplant. *uj*



Im Flur der Saatgut-Treuhand stauten sich die Bauern.

Was ist Nachbau? Was sollen die Klagen?

Nachbau betreibt ein Bauer, wenn er eigenes Erntegut (z.B. Getreide oder Kartoffeln) wieder aussät oder pflanzt, anstatt zum Pflanzzüchter zu gehen, von ihm das Saat- bzw. Pflanzgut zu kaufen und dieses dann in die Erde zu bringen. Nachbau betreiben Bauern, seitdem es Bauern gibt. Über die Auslese und den Einsatz ertragreicher und widerstandsfähiger Pflanzen haben sie über Jahrtausende den Grundstock für die heutigen Sorten der Nutzpflanzen gelegt.

Die Pflanzzüchtung hat sich jedoch selbstständig und wird heute fast ausschließlich von speziellen Zuchtfirmen vorgenommen. Führt deren Arbeit zum Erfolg und bringt also eine neue Sorte hervor, so lässt die entsprechende Firma diese Sorte beim Sortenamt schützen (zertifizieren) und macht damit das geistige Eigentum auf die züchterische Leistung deutlich. Wer dann Saatgut einer solchen zertifizierten Sorte kauft (Z-Saatgut), zahlt dafür eine Lizenzgebühr. Das ist schon lange Zeit so Praxis.

Nachbauggebühr

Doch diese Lizenzgebühr reicht den Pflanzzüchtern nicht mehr aus. Auf ihr Drän-

gen hin hat die Europäische Union 1994 ihr Sortenschutzrecht geändert. Danach muss ein Bauer dem Sortenschutzinhaber nun auch dann eine Gebühr (Nachbauggebühr) zahlen, wenn er eigenes Erntegut einer geschützten Sorte in die Erde bringt. Seit 1997 sieht auch das deutsche Sortenschutzrecht solche Nachbaugebühren vor.

Bei den Gerichtsverfahren geht es aber bislang noch nicht so sehr um diese Nachbaugebühren selbst, sondern um die Frage, ob bzw. in wie weit die Bauern verpflichtet sind, den Pflanzzüchtern mitzuteilen, was sie in welchem Umfang auf ihren Feldern anbauen (allgemeine Auskunftspflicht).

Auskunftspflicht

Die Züchter stehen auf dem Standpunkt, dass jeder Bauer Auskunft geben muss, egal ob er Nachbau betreibt oder gar überhaupt Ackerfrüchte anbaut oder nicht. Das sieht eine wachsende Zahl von Bauern anders und verweigert die Auskunft, wogegen wiederum die Züchter vor Gericht ziehen. Während die meisten Landgerichte bislang im Sinne der Züchter entschieden haben, sieht das Landge-

richt Braunschweig in Bezug auf national geschützte Sorten zunächst die Züchter in der Pflicht nachzuweisen, dass ein Bauer Nachbau betreibt, bevor er zur Auskunft verpflichtet werden kann. Diese Entscheidung ist mittlerweile zur Prüfung beim Bundesgerichtshof (BGH). Das Oberlandesgericht Frankfurt hat den Europäischen Gerichtshof aufgefordert zu klären, wie weit die Auskunftspflicht gehen soll und ob nicht wenigstens Anhaltspunkte dafür bestehen müssen, dass ein Bauer eine geschützte Sorte überhaupt genutzt, geschweige denn nachgebaut hat.

Bis diese höchsten Gerichte entschieden haben, wird noch eine Weile vergehen. Die Pflanzzüchter warten nicht bis zur Entscheidung, sondern verklagen weiterhin und in wachsender Zahl Bauern, und zwar in den Landgerichtsbezirken, in denen die Gerichte bislang im Sinne der Züchter entschieden haben. *uj*

Ausführlich hat Claudia Schievelbein das Thema im „Kritischen Agrarbericht 2000“ beschrieben (S. 145 – 152; zu beziehen im AbL-Verlag, s. S. 21 dieser Bauernstimme).

AbL-Bundes-Mitgliederversammlung 2000

24.-26. November 2000, in der

Evang. Landjugendakademie in Altenkirchen/Westerwald

Freitag, 24.11.00

14.00 – 18 Uhr Abl-Fachgruppen treffen sich

Auf der Zukunftskonferenz in Hofgeismar wurde beschlossen, dass am Nachmittag vor Beginn der Mitgliederversammlung die Fachgruppen zusammen kommen, um die getroffenen Festlegungen zu überprüfen.

18.00 – 19.30 Uhr Abendessen

19.30 Uhr: Beginn der Abl-Bundes-Mitgliederversammlung 2000

Begrüßung des Bundesvorstandes durch Maria Heubuch

19.45 – 22.00 Uhr „Veränderungen innerhalb der Landwirtschaft – Welche Anforderungen stellen sich für uns?“

Kurzreferate von Ulrike Ottenottebrock-Völker (Abl, AgrarBündnis-Vorstand), Siegfried Jäckle (Forum Pro Schwarzwaldbauern), Sibylle Bahrmann (Abl-Landesvorstand Niedersachsen).

Samstag, 25.11.2000

8.00 – 9.00 Uhr Frühstück

9.15 Uhr Fortsetzung der Mitgliederversammlung

Kurzbericht des Verlages, Frieder Thomas (Aufsichtsratsvorsitzender des ABL-Bauernblatt-Verlages) sowie Christiane Hoffmann (Geschäftsführerin des Verlages)

Kurzbericht über die Arbeit der Abl-Fachgruppen. Andrea Fink-Kessler (Abl-Bundesvorstand)

Rechenschaftsberichte

Finanzbericht, Hans-Bernd Hartmann (Abl-Bundesvorstand)

Bericht des Bundesgeschäftsführers Georg Janßen

Rechenschaftsbericht der beiden Bundesvorsitzenden Maria Heubuch und Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf: Situation der Abl, Vorstandsarbeit und Ausrichtung auf das nächste Jahr.

Aussprache und Diskussion

Anträge

12.00 – 13.00 Uhr Mittagspause

13.15 – 15.00 Uhr Wahlen zum neuen Abl-Bundesvorstand

Gemeinsame Tagung der Evang. Jugend auf dem Lande und der Abl:

„Herausforderungen und Strategien einer modernen landwirtschaftlichen Interessenvertretung“

15.30 Uhr Vorstellung der parallel laufenden Diskussionsforen

Forum I: Reform der Agrarsozialpolitik. Referenten: Godehard Hennies (Geschäftsführer der Landw Sozialversicherung in Rheinland-Pfalz), Ulrike Ottenottebrock-Völker (Abl, AgrarBündnis-Vorstand)

Forum II: Strategien zu Milchmarkt und Quotenbörse. Referenten: Dr. Robert Kloos (BML), Bernd Voss (Abl-Bundesvorstand)

Forum III: Wachsende Rohstoffe und erneuerbare Energien als Chance. Referenten: Georg Dierschke (Biodiesel-Erzeugergemeinschaft Hessen), Dr. Georg Gruber (Vereinigte Werkstätten für Pflanzenöltechnologie Oberpfalz)

Forum IV: Ein Richtungswechsel in der EU-Agrarpolitik ist notwendig! Agenda 2007. Gemeinsames Projekt von Umweltbundesamt, EURO-NATUR und der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft. Referenten: Andrea Fink-Kessler (Abl-Bundesvorstand), Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf (Abl-Bundesvorstand)

Forum V: Strategien zur Reform der Nachbauregelung beim Saatgut. Referenten: Adi Lambke (Sprecher der Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren), Gerhard Portz (Sprecher der Interessengemeinschaft in Rheinland-Pfalz)

18.30 – 20.00 Uhr Abendessen

20.00 – 20.30 Uhr Kurzberichte aus den Diskussionsforen

Sonntag, 26.11.2000

8.00 – 8.30 Uhr Morgenandacht mit Pfarrer Werner-Christian Jung

8.30 – 9.15 Uhr Frühstück

9.30 Uhr Fortsetzung der Tagung mit einer Podiumsdiskussion:

Landwirtschaft als Risiko oder Chance für die Kulturlandschaft und den Naturschutz

Auf dem Podium: Prof. Dr. Hardy Vogtmann (Präsident des Bundesamtes für Naturschutz), Christel Deichmann (MdB, SPD-Fraktionsvorsitzende, Mitglied im Umweltausschuss), Dr. Reinhard Loske (MdB, Bündnis 90/Die Grünen, Fraktionsvorsitzende, umweltpolitischer Sprecher), Wolfgang Reimer (Abl-Bundesvorstand), Dr. Anke Schekahn (AgrarBündnis-Geschäftsführung), Moderator: Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf

12.00 Uhr Verabschiedung der Teilnehmer, Mittagessen, Abreise

KURZES AM RANDE

Die Abl lädt ein

Die für alle Interessierten offene Bundes-Mitgliederversammlung der Abl steht vor der Herausforderung, auf den derzeitigen Schub an Veränderungen zu reagieren. Georg Janßen stimmt ein:

Alles verändert sich, die Abl bleibt so wie sie ist.“ Dieser Satz drückt viel über die augenblickliche Situation aus. Kein Zweifel: in unserer Zeit, die mit rasant und atemberaubend noch eher langsam beschrieben ist; in der immer noch eine Trunkenheit über die Möglichkeiten der Globalisierung und Liberalisierung der Märkte vorherrscht, da tut es gut, Plöcke einzuschlagen, die sich nicht in wechselnden modernen Zeiten als leicht austauschbare Stangen erweisen. Da tut es gut, wenn Zehntausende von Menschen – darunter viele Bäuerinnen und Bauern – beim WTO-Gipfel in Seattle rufen: „Wir wollen nicht mehr. Wir wollen nicht mehr die Globalisierung als Schicksal hinnehmen. Wir wollen nicht mehr tatenlos zusehen, wie der Markt anstelle von Volksvertretern alles entscheidet und wie die Welt sich zunehmend zur Ware verwandelt ...“

Recht haben sie. Längst ist die Diskussion darum entbrannt, ob anstelle des globalen monotonen Einheitsbreis die Vielfalt und Qualität der Regionen in den Vordergrund geschoben werden muss. „Bäuerliche Landwirtschaft statt agrarindustrielle Gentechnik“ hat die Abl ihr neues Positionspapier zur Gentechnik überschrieben und gibt damit eine passende Antwort auf die Gentechnik-Skandale der letzten Wochen.

Erfolge

Und siehe da, selbst die EU-Kommission entdeckt wieder die Forderung nach der offenen Deklaration bei Futtermitteln – eine fast schon verstaubte, jetzt topaktuelle Forderung aus der Abl-Gründerzeit. Es hat also auch etwas, wenn man in diesen Zeiten an richtigen Forderungen beharrlich festhält und damit auch Menschen eine politische Heimat bietet, die in ihrer Umgebung leicht mit dem Ruf des Außenseiters zu kämpfen haben.

Antworten geben

Und dennoch muss es möglich sein, Abl zu bleiben und gleichzeitig Antworten auf die sich vollziehenden Entwicklungen bei den Menschen und in der Landwirtschaft zu geben. Nur so sind wir auch morgen noch ein hilfreicher, interessanter Ansprechpartner in der agrarpolitischen

Auseinandersetzung und im Alltagsgeschäft auf dem Lande. Und hier hat die Abl Nachholbedarf. Wir sind als Gesamtorganisation immer noch zu wenig dran an den vielen kleinen „Schweineereien“, wo der Landwirtschaft wieder in die Tasche gepackt und somit die Kostenschraube nach oben gedreht wird. Zu weit weg, wenn sich Interessengemeinschaften um ganz bestimmte Forderungen zusammenschließen oder bei regionalen Projekten Hilfestellungen bei der Weiterentwicklung suchen. Bei dem großen Problemkreis Landwirtschaft und Gesundheit, der viele Verbraucher berührt, gibt es viel zu tun. Die vielen Fragezeichen gerade jüngerer Menschen, die vor der Entscheidung stehen, ob sie in die Landwirtschaft einsteigen oder nicht und wenn ja wie, – diese Fragen sind ein höchst spannendes Themenfeld, was es zu beackern gilt.

Zwar schimpfen viele auf den Bauernverband, aber wenn wir als Abl'ler zu wenig Flagge bei den sich abzeichnenden Auseinandersetzungen zeigen – welche Alternative bleibt dann den Berufskollegen? Da muss man sich nicht wundern, wenn der DBV fast schon mit einem einzigen Thema in diesem Jahr: Agrardiesel und Ökosteuer, die brüchigen Reihen zu schließen versucht.

Sich darüber klar zu werden, welche Veränderungen sich auf tun und welche Anforderungen sich stellen, dies wird sich wie ein roter Faden durch unsere Bundesversammlung und die anschließende Tagung ziehen und soll in Fach- bzw. Diskussionsforen an konkreten und aktuellen politischen Themen erörtert werden.

Auf geht's

Wer diese höchst spannende Zeit in den nächsten zwei Jahren als Abl-Vorstandsmitglied anpacken darf und mit welchen Schwerpunkten, darüber werden die Mitglieder bei den turnusgemäßen Neuwahlen entscheiden. Und dann natürlich die wichtigen Gespräche am Rande; alte Freundinnen und Freunde wieder treffen bzw. neue kennenlernen. Bei Bier, Wein, Milch und Gesang.

Gründe genug, nach Altenkirchen zu kommen. Bis zum 24. November!

Georg Janßen,
Abl-Bundesgeschäftsführer



Georg Janßen macht es vor.

Den Nachbauklage-Spieß umdrehen

Die Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren verklagt die Saatgut-Treuhand

Mit einer „Negativen Feststellungsklage“ gehen jetzt Bäuerinnen und Bauern der Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren und Nachbaugesetze mit ihren Anwälten in die Offensive und verklagen die Saatgut-Treuhand-Verwaltungs GmbH (STV). Es geht um den Verweis der STV in ihren Schreiben zur Einholung der Nachbauauskünfte, nach dem derjenige, der zur Gebührenveranlagung dem Kooperationsabkommen zwischen Bauernverband und Pflanzenzüchtern nicht beitreten möchte, nach der gesetzlichen Regelung zur Kasse gebeten werde. Weiter dargestellt wird dann, dass bei der Veranlagung nach der gesetzlichen Regelung automatisch 80 % der Z-Lizenzgebühr fällig würden.

Dagegen wehrt sich die Interessenge-

meinschaft nun mit der Klage. Im deutschen Gesetzestext tauchen diese 80 % nämlich gar nicht auf, sondern nur Umschreibungen wie „angemessene Gebühr, die deutlich niedriger als die Z-Lizenz“ sein soll. In der europäischen Verordnung sind 50 % der Z-Lizenz als Nachbaugebühr festgeschrieben, wenn es in dem jeweiligen Land keine berufsständische Vereinbarung gibt. Nun kann man das Kooperationsabkommen als berufsständische Vereinbarung ansehen, man kann aber auch Zweifel daran haben. Schließlich wurden Teile des Berufsstandes nicht daran beteiligt...

80 %-Regelung willkürlich

Auch der Bauernverband wies auf Anfrage darauf hin, in Sachen der 80 % Muster-

prozesse unterstützen zu wollen. Ansonsten rate er auch weiterhin „aufgrund der Rechtslage jedem Landwirt, der nachbaut, der Auskunftsforderung der Züchter nachzukommen“. Und „im Falle eventueller Veröffentlichungen“ bittet er darum, die Haltung des DBV grundsätzlich zur Nachbaugebühr klarzustellen: „Der DBV hat die in Brüssel bereits vor Jahren beschlossene Nachbaugebühr entschieden bekämpft. Wo waren damals die heutigen Interessenten gegen die Nachbaugebühr?“ Diese „heutigen Interessenten“ – übrigens maßgeblich Mitglieder des DBV – wussten damals noch gar nicht, was auf sie zukommt, weil ihr offensichtlich sehr im Verborgenen kämpfender Verband sie nicht informiert hat. cs



Bauerndemo in Bonn vor dem Haus der Pflanzenzüchter. Foto: Jasper

Politiker wollen sich raushalten

Während Nordrhein-Westfalens Ministerin Höhn sich für ein Ruhenlassen der Klagen einsetzen, wollen sich Bundesminister

Bundeslandwirtschaftsminister Karl-Heinz will sich offenbar aus dem Streit um die Nachbaugebühren heraushalten. Auf der Feier zum 100-jährigen Jubiläum des Kartoffelzuchtunternehmens Böhm in Niedersachsen meinte Funke, dass der Inhaber eines Sortenschutzrechtes letztlich für die Wahrung seiner Interessen selbst verantwortlich sei und dass schließlich wohl die Gerichte werden klären müssen, wie es mit Auskunft und Nachbaugebühren weitergeht. Auf das Thema angesprochen worden war er von Kartz von Karmeke, dem Präsidenten des Bundesverbandes deutscher Pflanzenzüchter (BDP), der den Wunsch äußerte, dass – entgegen ihm bekannten Bestrebungen einiger Politiker – doch derzeit keine Änderungen an der Nachbaugesetzgebung vorgenommen und erst mal ein paar Jahre Erfahrungen damit gesammelt werden sollten.

Ähnlich neutral wie sein nach Berlin auf-

gestiegener Amtsvorgänger verhielt sich Niedersachsens Landwirtschaftsminister Uwe Bartels (SPD) in der Antwort auf eine Kleine Anfrage des grünen Landtagsabgeordnete Hans-Jürgen Klein. Auf dessen Frage, ob man die Forderung nach Änderung der Sortenschutzbestimmungen (unterstütze), „um die strittige und rechtssystematisch bedenkliche Auskunftspflicht der Landwirte gegenüber den privatwirtschaftlichen Züchtern zu beseitigen“, sprach sich Bartels stellvertretend für die Landesregierung dafür aus, auf den Abschluss des gerichtlichen Verfahrens vor dem Bundesgerichtshof (BGH) zu warten.

Bartels will warten

Keine Stellung beziehen wollte Bartels dagegen zu der nahe liegenden Forderung, dann auch die an den Landgerichten anhängigen Klagen gegen Bauern solange ruhen zu lassen, bis BGH und

Der NRW-Antrag

„Die Agrarministerinnen, -minister und Senatoren der Länder (...) stellen fest, dass – erhebliche rechtliche Bedenken gegen die Vorgehensweise der Saatguttreuhandgesellschaft (STV) zur Auskunftspflicht bestehen, – bedauerlicherweise das Kooperationsabkommen zum Teil höhere Nachbaugebühren vorsieht als nach EU-Recht notwendig, (...) Sie fordern die Partner des Kooperationsabkommens auf, umgehend ein Moratorium einzuführen, nachdem die STV keine weiteren Klagen erhebt und anhängige Klagen ruhen lässt, bis BGH und EuGH entschieden haben.“

EuGH (Europäischer Gerichtshof) entschieden haben. Hier sei „staatliches Handeln (...) nicht opportun“, so Bartels in der Antwort, „da es sich bei den Gerichtsverfahren um privatrechtliche Verfahren handelt“. Der Abgeordnete Klein kritisierte die Haltung der Landesregierung und warf den Pflanzenzüchtern „Nötigung und überflüssige Beschäftigung der Gerichte vor.“

Es bewegt sich was

Nachdem Nordrhein-Westfalen die Initiative ergriffen und für das nächste Treffen der Länder-Agrarminister einen Antrag zur Unterstützung eines Moratoriums in die Agrarministerkonferenz eingebracht hat (siehe oben), erklärte inzwischen ein Mitarbeiter Bartels gegenüber VertreterInnen der Niedersachsen-ABL, dass man dem Ansinnen des Antrags positiv gegenüberstehe. cs



Richter für Ruhenlassen

„Um Rechtssicherheit zu schaffen wäre es vernünftig, wenn wir das Verfahren ruhen lassen können... wir würden das begraben.“ Richter Scherf, Landgericht Erfurt zum Thema Aussetzung der Verfahren bis zur BGH-Entscheidung.

DBV-Landsmann für Moratorium

Für ein Aussetzen aller gerichtlichen Verfahren gegen Bauern in Sachen Nachbauregelung hat sich der Präsident des Bauern- und Winzerverbandes Rheinland-Nassau gegenüber dem Bauern Gerhard Portz ausgesprochen. Portz ist Sprecher der Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren in Rheinland-Pfalz. Ein solches Moratorium bis zur Entscheidung der höchsten Gerichte ist derzeit die drängendste Forderung der Interessengemeinschaft.

„Scheinheilige“ EU-Position zur WTO

Als untauglichen Vorstoß haben die entwicklungspolitischen Verbände Germanwatch und FIAN die Haltung der EU zurückgewiesen, sie werde Verhandlungen im Rahmen der WTO über die EU-Exportsubventionen nicht akzeptieren, wenn nicht auch die Exportkreditförderung der USA und der „Missbrauch“ der Nahrungsmittelhilfe zum Überschussabbau voll berücksichtigt würden. „Die EU hat mit ihrem Vorstoß einen untauglichen Versuch unternommen, die US-Regierung an den Pranger zu stellen, während sie sich selbst dadurch entlasten will“, so Rudolf Buntzel-Cano von Germanwatch. Die USA haben in den letzten Jahren jährlich rund 5 Mrd. US \$ für Agrarexportkreditsubventionierung zur Verfügung gestellt, für weitere 1,5 Mrd. US \$ Nahrungsmittelhilfe. Dagegen liegen die EU-Ausgaben für die Subventionierung landwirtschaftlicher Exporte fast doppelt so hoch bei ca. US \$ 10 Mrd. jährlich. Trotz aller Beteuerungen werden die EU-Getreide-, Zucker- und Milchüberschüsse in den nächsten Jahren nicht zurückgehen und die Exporte auch nicht abnehmen. Die gesamten Agrarsubventionen der EU sind innerhalb von 11 Jahren (1986 bis 1996) von ca. 83 auf 95 Mrd. ECU angestiegen. Hier liegen die eigentlichen Ursachen der Weltmarktverzerrung.“ pm

Förderung contra Rentabilität?

Die Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL) fand bei einer Untersuchung der Wirtschaftlichkeit der einzelbetrieblichen Investitionsförderung ein überraschendes Ergebnis: Rund die Hälfte der untersuchten geförderten Betriebe fiel nach der Förderung auf ein Niveau zurück, das mehr oder weniger deutlich unter dem ursprünglichen Niveau vor der Förderung lag. Allerdings kann dies z.T. daran liegen, dass auch die Art der Buchführung geändert wurde (und somit z.B. andere Abschreibungen gebucht wurden). Da bei der vorliegenden Untersuchung die Datengrundlage noch unzureichend war, sollten künftige Analysen 3-5 Wirtschaftsjahre in mehr Betrieben berücksichtigen, so die FAL. en

Brandenburg unter Naturschutz

In Brandenburg sind 37 % der Landesfläche als Natur- oder Landschaftsschutzgebiete ausgewiesen. Nach Angaben des brandenburgischen Landwirtschaftsministeriums teilt sich diese Fläche in 318 Naturschutzgebiete (NSG, 5 % der Landesfläche) und 111 Landschaftsschutzgebiete (LSG, 32 % der Fläche) auf. Im Ausweisungsverfahren befinden sich gegenwärtig 7 LSG und 137 NSG. Brandenburg hat 477 FFH-Gebiete gemeldet, die rund 15 % der Landesfläche ausmachen. pm

Erste Rückholung in USA

In den USA hat der Lebensmittelkonzern Kraft Foods eine Rückrufaktion für über 2,5 Millionen Maisprodukte der Marke „Taco-Bell“ angeordnet. Bei einer Studie der Verbraucherorganisation Genetically Engineered Food Alert (GEFA) wurde in mehreren Maisfladen die nicht für den Lebensmittelbereich zugelassene Maissorte Star Link Corn entdeckt. Der insektengiftige Mais von Aventis darf in den USA nur als Futtermittel verwendet werden. Vor der Zulassung als Lebensmittel wartet die US-amerikanische Lebensmittelbehörde FDA noch weitere Untersuchungen ab, die über den Allergieverdacht der Sorte Aufschluss geben sollen. Nach Anordnung der US-amerikanischen Landwirtschaftsbehörde USDA wird nun die gesamte Ernte der 120.000 ha Anbaufläche von Star Link Corn aufgekauft. Damit soll verhindert werden, dass der Mais erneut in die Lebensmittelkette gelangt. Die Kosten dafür muss Aventis tragen. ms

Aufgegabeltes

„Machen 100 Kühe doppelt soviel Spaß wie 50?“

Agrarmagazin dltz in seinem Artikel „Wachsen nicht um jeden Preis“

„Die Länder entscheiden, für welche Förderschwerpunkte sie die Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz verwenden. Die Bundesregierung akzeptiert, dass z.B. in Bayern die Ausgleichszulage großen Stellenwert hat, dies zulasten der einzelbetrieblichen Förderung geht, und die Schwerpunkte damit weniger zukunftsorientiert gesetzt werden.“

Dr. Gerald Thalheim, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium, zum Vorwurf von CDU/CSU, die Bundesregierung beschneide die Investitionsförderung mit Rücksicht auf grüne Ideologie

KURZES AM RANDE



Fischler will Bürokratie abbauen

EU-Kommission plant Pauschale für Kleinbetriebe und vereinfachte Kontrolle

EU-Agrarkommissar Dr. Franz Fischler plant eine neue Regelung, nach der Kleinbetriebe davon befreit werden, für jede aus Brüssel finanzierte Direktzahlung einen eigenen Antrag zu stellen. Statt dessen soll allen Betrieben, die bisher vergleichsweise geringe Zuschüsse erhalten haben, ein Pauschalbetrag gezahlt werden, der sich am Durchschnitt der vergangenen Jahre orientiert. Im Gespräch ist hierfür ein Schwellenwert von 1.000 Euro, also knapp 2.000 DM pro Betrieb und Jahr.

Im Zuge dieser Vereinfachung will Fischler auch die Betriebskontrolle vereinfachen. So soll in Zukunft nach Fischlers Plänen nicht mehr für jede einzelne Direktzahlung die Einhaltung der Kriterien geprüft werden, sondern alles in einer Betriebskontrolle. Diese Vorschläge hat Fischler den Agrarministern der EU-Staaten Ende Oktober zur Diskussion gestellt. Die EU-Kommission sieht in den Maßnahmen eine Vereinfachung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU. Mit den Maßnahmen werde der „Verwaltungsaufwand für die Landwirte wie auch für die einzelstaatlichen und EU-Behörden reduziert und der Papierkrieg begrenzt“, heißt es in einer Pressemitteilung. „Da in der GAP beträchtliche Summen von Steuergeldern eingesetzt werden, ist eine strenge Ausgabenkontrolle nötig. Dennoch sind unbürokratischere Verfahren und weniger Verwaltungsformalitäten für die Landwirte möglich“, so Fischler.

Kompetenzen abgeben

Ferner denkt die EU-Kommission darüber nach, wie Aufgaben, die heute von Brüssel wahrgenommen werden, in Zukunft weitergehend an die Mitgliedsta-

ten bzw. Regionen übertragen werden können. „Die EU sollte sich auf die Bereiche und Erzeugnisse konzentrieren, die wirklich von gemeinsamem Interesse sind“, meinte Fischler hierzu. Eine erhebliche Vereinfachung wäre möglich, indem die Beihilfen von der tatsächlichen Erzeugung abgekoppelt und an die Anbauflächen oder die langjährige Erzeugung geknüpft würden (wie bei der „vereinfachten Regelung für Kleinerzeuger“), fügte der Kommissar für Landwirtschaft, ländliche Entwicklung und Fischerei hinzu.

Damit wird deutlich, dass es um mehr geht als um die Kleinerzeuger – auch die in Nord- und Ostdeutschland populäre Forderung nach einer Umwandlung aller Prämien (auch der Tierprämien) in eine Flächenprämie scheint wieder auf der Tagesordnung zu stehen. Der deutsche Minister Karl-Heinz Funke fand in der Vergangenheit daran großen Gefallen. uj

Steuerreform belastet Kleine

Die jetzt abgeschlossene Steuerreform hat erhebliche Auswirkungen auf die Einkommen in der Landwirtschaft. Dabei gibt es nur wenige Gewinner und viele Verlierer. Eine Studie von Dr. Bahrs und Dr. Kleinhans von der FAL Braunschweig (veröffentlicht in „Agrarwirtschaft“ Juni 2000) ergab: In der Tendenz werden landwirtschaftliche Betriebe mit gutem bis sehr gutem Einkommen und Großbetriebe weniger belastet als kleinere Betriebe oder Landwirte mit geringerem Einkommen. en

Verschärfung der EU-Futtermittelrichtlinien

Eine klare Kennzeichnung der Inhaltsstoffe und ein Verbot der Verschneidung von belasteten Futtermitteln fand große Zustimmung im EU-Parlament

Für die Einführung der offenen Deklaration bei Futtermitteln stimmten im Europäischen Parlament eine große Mehrheit der Abgeordneten. Damit wird der Vorschlag der Kommission aufgegriffen, bei Futtermittelmischungen die Ausgangsstoffe und ihren Ursprung genau zu kennzeichnen. Bisher gibt es eine halboffene Deklaration, nach der die Ausgangsstoffe zu groben Kategorien wie Kohlenhydrate, Eiweiß und Fett zusammengefasst und in absteigender Reihenfolge ihres Gewichtsanteils angegeben werden. Nach der Entscheidung des Parlaments zeichnet sich schon eine schwierige Entscheidungsfindung mit dem Ministerrat ab, die Mitgliedstaaten halten die Angaben von prozentualen Bandbreiten für ausreichend. Zusätzlich fordern die Abgeordneten, dass die Hersteller auf Anfrage den Nachweis für die genaue Zusammensetzung des Mischfutters anhand von betriebsinternen Unterlagen nachweisen müssen. Damit könne der Kontrollaufwand für die Mitgliedstaaten begrenzt werden.

Bei der Mischfutterindustrie finden die Pläne wenig Anklang. Mit der offenen Deklaration hätte weder die BSE-Krise noch dioxinverseuchtes Futter vermieden werden können; der Mehraufwand würde nur die Kosten für Futtermittel in die Höhe treiben, bemängelt der Verband der Mischfutterindustrie.

Zustimmung finden die geplanten Neuerungen in der deutschen Ökolandbauszene: „Die offene Deklaration ist absolut zu begrüßen, sie verschafft mehr Sicherheit und solche formalistische Regeln sind immer wieder eine Herausforderung, denen sich der Öko-Handel stellen muss“, bekräftigt Amos Ramsauer von der nordostdeutschen Erzeugergemeinschaft Bio-kornakt. Auch Hugo Gödde von Neuland befürwortet die Neuerung, „damit der Bauer weiss, was er füttert. Bei Futtermittelmischungen für Neuland wird jetzt schon genau aufgeschrieben, was darin ist.“ Gespalten ist Andreas Hopf, Geschäftsführer von Bioland Baden-Württemberg, der aus politischer Sicht die exakte Kennzeichnung begrüßt, im Bio-Lebensmittelbereich gebe es schon detaillierte Etikette. Schwieriger sei es mit den Vertragsfuttermittelherstellern. Laut Andreas Hopf wurden mit viel Aufwand Rezepte für Mischungen für Puten-, Jungennen- oder Ferkelfuttermischungen entwickelt, so dass er die Scheu, diese jetzt offen legen zu müssen, verstehe. Dennoch sei er für die offene Deklaration.

Auch in einer weiteren Richtlinie zum Futtermittelrecht hat sich das Parlament dem Vorschlag der Kommission ange-

schlossen. In der Richtlinie über unerwünschte Stoffe und Erzeugnisse in der Tiernahrung ist ein Verschneidungsverbot vorgesehen. Damit dürfen Futterbestandteile, deren Belastung über dem Grenzwert liegen, nicht mehr gestreckt werden, um die entsprechenden Werte zu erreichen. Weiterhin soll es einen Aktionsgrenzwert geben, bei dessen Erreichen Ursachen für die Kontamination untersucht und Gegenmaßnahmen ergriffen werden sollen.

„Wenn wir Grenzwerte akzeptieren, muss es ein Verschneidungsverbot für gefährliche Stoffe geben, denn wir machen Tiere und damit auch langfristig Menschen zu Endlagerstätten für unerwünschte und

gefährliche Substanzen“, fordert Graefe zu Baringdorf, Vorsitzender des Ausschuss für Landwirtschaft und Ernährung. Schliesslich beinhalte die Akzeptanz von Grenzwerten auch die Akzeptanz von Belastungen der Futtermitteln. Um Bauern und Bäuerinnen, die in schadstoffbelasteten Regionen ebenfalls belastete Ausgangsstoffe für Futtermittel anbauen und herstellen, zu entlasten, macht Graefe zu Baringdorf folgenden Vorschlag. Hier solle es eine Ausnahme des Verschneidungsverbots geben, da die Bauern die Grenzwertüberschreitung nicht zu verantworten haben. Es sei lediglich erforderlich die Überschreitung des Höchstwerts den Behörden zu melden. ms



Neue Superrübe mit Doppelresistenz übersteht auch Spritzungen mit 2 Totalherbiziden

Erneut gentechnische Verunreinigung im Saatgut

Trotz hohem technischen Standart kreuzten sich in den Gewächshäusern der KWS (Kleinwanzlebener Saat-zucht AG, Einbeck), dem größten deutschen Saatgutunternehmen, unbemerkt zwei gentechnische Rübensorten. Entdeckt wurde die widerrechtliche Freisetzung erst am Vegetationsende, als auf einigen der 48 Freisetzungstandorten in Europa die Zuckerrüben von Aventis mit dem Totalherbizid Roundup totgespritzt werden sollten. Einige der Rüben überstanden die Behandlung unbeschadet. Die Pflanzen hätten mit Hilfe der Gentechnik nur gegen das Totalherbizid Liberty resistent gemacht werden sollen. 0,5 % der Rüben zeigten jedoch auch keine Reaktionen mehr auf die Behandlung mit dem Totalherbizid Roundup. Die Einkreuzung geschah bei der Saatgutproduktion, die die KWS im Auftrag von Aventis durchführte.

Das Robert-Koch-Institut (RKI) als Genehmigungsbehörde wiegelt ab, dass bei Freisetzungen keine Rüben zum Blühen kommen, die Rüben selbst nach Versuchsende kleingehäckselt und selbst später keimende Rüben zerstört werden. Hans-Jürgen Klein, agrarpolitischer Sprecher der niedersächsischen Grünen, fragt: „Wer schon nicht in der Lage ist, innerhalb seiner Hochsicherheitsgewächshäuser solche Fehlbestäubungen zu verhindern, wie soll der denn dann Kontrolle über die 48 Freisetzungstandorte in ganz Europa haben?“

Keine Antworten gibt es bisher auf die Frage, wie in Zukunft ähnliche Fälle verhindert werden können. Trotz der Aussagen über Gentech-Grenzwerte im Saatgutbereich sei, wie Klein betont, momentan die Freisetzung jeder einzelnen gentechnisch veränderten Pflanze ohne Genehmigung verboten. ms

AbL-Position zu Gentechnik

Als bestenfalls überflüssig beurteilt die AbL den Einsatz der Gentechnik in Landwirtschaft und Ernährung. In ihrem Positionspapier zur Gentechnik erläutert die AbL an mehreren Punkten die Gründe für die Ablehnung der Gentechnik. Unüberschaubare, unumkehrbare Risiken für Natur und Gesundheit, Produktionsrisiken und Absatzprobleme für Bauern seien keine Schritte in Richtung einer umwelt- und sozialverträglichen bäuerlichen Landwirtschaft. Statt dessen unterstütze die Gentechnologie den Weg einer agrarindustriellen Entwicklung und erhöhe die Abhängigkeit der Bauern und Bäuerinnen.

US-Mischfutter-Riese

Zum größten amerikanischen Mischfutterhersteller fusionieren die Genossenschaften Land o Lakes und Farmland Industries. Das neue Unternehmen Land o Lake Farmland Feed mit Sitz in Arden Hills/Minnesota wird laut Ernährungsdienst 9 Mio Tonnen Futter im Wert von 1,6 Mrd Dollar umsetzen. en

Erbse statt Gentec-Soja

Wegen der steigenden Nachfrage nach nicht gentechnisch veränderten Eiweißträgern in Lebens- und Futtermitteln rechnet die Zeitung Farmers Weekly mit einem Anstieg der Erbsen-Anbaufläche in Großbritannien von 100.000 auf 250.000 Hektar. en

Mehr Pacht- als Eigenland

Die 53.300 nordrhein-westfälischen Landwirtschaftsbetriebe haben inzwischen mit 52 % mehr Pacht- als eigenes Land. Die gesamte Pachtfläche in Nordrhein-Westfalen liegt bei 780.000 ha, teilt der Westfälisch-Lippische Landwirtschaftsverband mit. Zwei Drittel der Betriebe bewirtschaften gepachtete Flächen. Wobei sich die Pachtpreise in den einzelnen Kreisen deutlich unterscheiden. Für Ackerland liegt der Landesdurchschnitt bei 656 DM Pacht je Hektar, mit einer Spanne von 727 DM im Regierungsbezirk Köln bis zu 509 DM im Bezirk Detmold. Die höchsten Pachtpreise für Grünland müssen mit 479 DM im Regierungsbezirk Münster gezahlt werden, während der Bezirk Arnsberg mit 248 DM deutlich unter dem Landesdurchschnitt von 336 DM liegt. pm

29 Gemeinden ohne Haupterwerbsbetrieb

In Baden-Württemberg gibt es nach Ergebnissen der Landwirtschaftszählung 1999 bereits 29 Gemeinden, in denen es keinen landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetrieb mehr gibt. In weiteren 47 Gemeinden gibt es nur noch einen einzigen Haupterwerbsbetrieb, 46 Gemeinden zählen nur zwei Haupterwerbsbetriebe. Die Gemeinden mit keinem oder nur wenigen Haupterwerbsbauern konzentrieren sich räumlich auf die Hoch- und Steillagen von Schwarzwald und Alb, meldet agrar.de. pm

Weniger Milchkühe, mehr Mutterkühe

Der Vergleich der Viehzählungen vom Mai 1999 und Mai 2000 hat für das Land Hessen einen Rückgang der Zahl milchviehhaltende Betriebe von 13 % ergeben. Das entspricht einem absoluten Rückgang von 1.000 Betrieben. Die Zahl der Milchkühe wurde um 7,4 % verringert, wohingegen der Bestand an Mutter- und Ammenkühen um 5,6 % zunahm und inzwischen 42.200 Tiere umfasst, wie agrar.de meldet. pm

BML fördert Ställe mit Melkrobotern

Das Bundeslandwirtschaftsministerium (BML) startet ein Modellvorhaben, bei dem beispielhafte Stallbaulösungen mit integriertem Melkautomaten gesucht und gefördert werden. Der Einsatz von automatischen Melksystemen zielt auf eine Reduzierung des Arbeitsbedarfes und die Flexibilisierung der Arbeitszeiten; optimale Melkzeiten sollen; so das BML, zur tiergerechten Haltung beitragen und Leistungsreserven mobilisieren. Bei der technischen Entwicklung der Melkverfahren seien schon große Fortschritte erzielt worden, bei der baulichen Integration des Melkautomaten in das Gesamtsystem sowie beim Herdenmanagement gebe es aber noch offene Fragen, die durch die Modellförderung beantwortet werden sollen (Infos: KTBL, ☎ 06151-7001-209, Fax: 06151-7001-123). pm

500 Kunst-Hühner in Badenweiler

Seit letztem Jahr hat der Zeichner Peter Gaymann im südbadischen Badenweiler etwa 500 Hühnerskulpturen aufgestellt, die bis zu diesem Herbst die Kurgäste zum Staunen brachten. Jetzt stehen sie allgemein zum Verkauf, für 1111 DM pro Stück. Gaymann ist durch seine Cartoons mit Hühnern, die menschliche Verhaltensweisen karikieren, berühmt geworden. en

Gentechnische Molkerei

Milch aus gentechnikfreiem Futter wolle 25 britische Landwirte in einer eigenen Molkerei verarbeiten, der Anteil der Landwirte beträgt 12,5 Mio DM. Wie der Ernährungsdienst meldet, sollen ab kommendem Jahr 200 Mio Liter bei einem Bonus von 3 bis 4 Pfennige erfaßt werden. en

Gentechnisches Erbgut in Kuh und Milch?

Dass die alte Lehrmeinung nicht stimmt, wonach die Nahrung im Verdauungstrakt in ihre elementaren Bausteine zerlegt wird, ist schon länger nachgewiesen. Seit einigen Jahren ist laut Berliner Zeitung bekannt, dass das Erbgut aus der Nahrung zum Teil erhalten bleibt und im Körper nachweisbar ist. Dies ist ein wichtiger Punkt bei der Bewertung der Gefahren der Gentechnik. Der Wissenschaftler Ralf Einspanier (TU München-Weihenstephan) hat bei Fütterungsversuchen mit gentechnisch verändertem Bt-Mais bei Kühen und Hühnern herausgefunden: Bei Kühen fand sich Futter-DNA (Erbgut) in Blut-Immunzellen und in Spuren auch in der Milch, bei Hühnern in fast allen Organen. Dass sich unter dem eingebauten Erbgut (noch) kein gentechnisch veränderter Erbgut-Anteil fand, ist laut Einspanier „nur eine Frage der Wahrscheinlichkeit“.

Das Bt-Gen hat im Mais-Erbgut bisher nur einen Anteil von 0,001 %. Der Wissenschaftler Walter Doerfler (Genetik-Institut der Uni Köln) wies zudem nach, dass in seltenen Fällen Fremd-DNA sogar ins Erbgut von Mäusen und in das der Nachkommen eingebaut wird. en

Grünland extensiv nutzen

NABU will Fleischvermarktung fördern

Den bedrohten Tier- und Pflanzenarten auf Wiesen und Weiden könne durch eine naturschutzgerechte Rinderhaltung geholfen werden. Das erzeugte Rindfleisch sei als besonders hochwertiges Qualitätsprodukt erfolgreich zu vermarkten. Jedoch berücksichtigten die bestehenden Markenfleisch-Programme das Kriterium einer „naturschutzgerechten Erzeugung“ meist zu wenig. Zu diesem Fazit kommt eine neue Studie des Naturschutzbund NABU mit dem Titel „Grünland durch extensive Rinderhaltung“.

„Wir müssen mittlerweile von einer regelrechten Ausrottung der Arten des Grünlandes sprechen“, sagte NABU-Bundesgeschäftsführer Gerd Billen anlässlich der Vorstellung der Studie. So finden sich die Vogelarten des Grünlandes fast ausnahmslos auf der Roten Liste. Ursache sei die zunehmende Intensivierung der Landwirtschaft und die Aufgabe von bislang eher extensiv genutzten Grenzertragsstandorten in den Mittelgebirgen. „Hier kommen wir mit klassischen Schutzmaßnahmen nicht weiter, stattdessen müssen neue marktorientierte Perspektiven für diese Landwirte entwickelt werden“, forderte Billen.

Naturschutz durch Markt

Der NABU hat in der vorgelegten Studie die Vermarktungschancen für naturschutzgerecht erzeugtes Rindfleisch untersuchen lassen. „Trotz insgesamt eher

sinkendem Rindfleischabsatz ist für hochwertiges Markenfleisch mit einer steigenden Nachfrage zu rechnen“, so der Autor der Studie, Armin Kullmann vom Institut für ländliche Strukturforschung, Frankfurt/M. Der Anteil der Markenwaren könne in fünf Jahren bei etwa 50 % liegen, glaubt Kullmann.

Die unterschiedlichen Markenfleischprogramme schneiden unter Naturschutzgesichtspunkten in der Studie sehr unterschiedlich ab. Besonders die verschiedenen Programme mit dem CMA-Prüfsiegel sowie Rindfleisch mit den Herkunfts- und Qualitätszeichen der Bundesländer erfüllten bislang praktisch kaum Naturschutzkriterien. Unter diesem Gesichtspunkt sei allenfalls das Rindfleisch von ökologischen Anbauverbänden und von den auf artgerechte Haltung ausgerichteten Marken „Neuland“ und „Thönes Natur“ empfehlenswert.

„Die Bewertung belegt, dass die meisten Rindfleischvermarkter den Grünlandschutz bislang noch überhaupt nicht berücksichtigen“, so Autor Kullmann.

Für den NABU hat hierbei auch der ökologische Landbau Nachholbedarf: „Wir müssen mit den Verbänden des Ökologischen Landbaus über eine Verbesserung ihrer Richtlinien sprechen“, kündigte NABU-Geschäftsführer Billen an. Die sei erfolgversprechender als etwa eine eigene Marketingstrategie für naturschutzgerecht erzeugtes Rindfleisch aufzubauen, so Billen. pm



Viehtrieb durch Stuttgart

Da guckten die Stuttgarter nicht schlecht, als auf einmal etwa 20 Bauern mit Schweinen und Kühen durch die Straßen zogen. Damit war die Absicht der Aktion schon halb erreicht. Nun galt es noch, die Passanten beim Vorübergehen über die Vorteile von Erzeugnissen aus der Region zu überzeugen und für den Kauf solcher regionalen Produkte zu wer-

ben. Zum Abschluss handelten Fleischermeister Bernd Lauster und Rudolf Bühler von der Bäuerlichen Erzeugergemeinschaft Schwäbisch Hall den Kaufpreis für die Tiere aus. Wie üblich galt der Handschlag, der bei einem Preis von 4 DM/kg Schwein und 6,75 DM/kg Rindfleisch fiel. Foto: Petra Götz

Das Pestalozzi Kinder- und Jugenddorf e.V. nutzte vor 20 Jahren die Gelegenheit, im Rahmen der Flurneueordnung den Erlenhof als Aussiedlerhof etwa 1 km außerhalb des Kinderdorfes neu zu errichten. Der seit dieser Zeit biologisch-dynamisch bewirtschaftete Erlenhof erfüllt ein breites Spektrum von Aufgaben, die unmittelbar mit dem Zweck der Jugendhilfe verbunden sind: Die Gewährleistung der Grundversorgung mit Milch, Frischfleisch auch zur Wurstherstellung, Brotgetreide und

Kartoffeln für etwa 200 Personen, die im Kinder- und Jugenddorf leben bzw. arbeiten. Die Selbstversorgung auf biologisch-dynamischer Grundlage ist seit der Gründung vor 54 Jahren eine tragende Säule und wird durch eine Demeter-Gärtnerei, Demeter-Bäckerei, einen ökologischer wirtschaftender Obstbaubetrieb und einen Bioladen abgerundet.

Der Selbstversorgungsgedanke unterstützt selbstverständlich auch unsere pädagogischen Ziele eines ganzheitlichen Ansatzes. Die Kinder und Jugendlichen kommen oft aus zerrütteten Verhältnissen mit seelischen Verwundungen und sollen wieder festen Boden unter ihren Füßen bekommen und Vertrauen zu Erwachsenenwelt finden. Im eigenen Miterleben und tä-

gig werden bei der Lebensmittelerzeugung entsteht Selbstvertrauen und Verantwortungsbewusstsein für die Natur. Gute pädagogische Arbeit lebt von der Vorbildfunktion.

Derzeit leben 10 Kinder und Jugendliche und 5 Erwachsene ständig unter einem Dach auf dem Erlenhof: die Kinderdorffamilie Rist mit 3 eigenen und 6 betreuten Kindern, Felix Walter und Rita Karkoff mit ihrem Sohn und Uli Wintgen unsere Reittherapeutin. Tagsüber kommen noch 2 Zivildienstleistende und 3 Auszubildende in die Landwirtschaft und ein Praktikant in die Familie. Während der Sommermonate besuchen uns Walddorfschüler zum 3-wöchigen Landwirtschaftspraktikum auf dem Hof.

Die Vielfalt der Tierwelt auf dem Hof

kennt kaum Grenzen. Neben den 100 Rindern für die Milchviehhaltung mit Nachzucht und Mast, gibt es in der Landwirtschaft noch ein paar Mutterschweine mit einem Eber, Ferkel und Mastschweine.

Rein pädagogischen Zweck als Streichelzoo und zur Schulung des Verantwortungsbewusstseins gegenüber den Tieren erfüllt die vielfältige Kleintierhaltung mit Ziegen, Schafen, Hühnern, Enten, Gänsen, Hasen, Ponys und einem Esel und zur Zierde des Hofes ein Pfauenpaar. Hier können die Kinder hautnah Kontakt mit den Tieren bekommen. Vor einigen Jahren wurde auf dem Hofgelände noch die Reittherapie angesiedelt.

Eine weitere Säule unserer Jugendhilfeeinrichtung neben der Selbstversorgung ist das Angebot der Berufsausbildung. So bieten wir auf dem Hof die Möglichkeit der Ausbildung zum Landwirt, derzeit auch für Fachwerker an. Denn es ist unser besonderes Anliegen auch für Jugendliche, die gerade im schulischen als auch im sozialen Bereich Schwierigkeiten haben, eine Ausbildungsmöglichkeit anzubieten.

Die Vielfältigkeit des Betriebes von der Selbstversorgung des Kinderdorfes über die Anforderungen an einen Ausbildungs- und Praktikumsbetrieb bis zur Freizeitpädagogik sind nur schwerlich mit den ökonomischen Gesetzmäßigkeiten der heutigen Landwirtschaft auch im Biobereich in Einklang zu bringen. Hier entstehen aber auch Chancen, Landwirtschaft als gesellschaftliche Aufgabe zu verstehen und neue Einkommensquellen neben der Urproduktion zu erschließen.

Karl-Hermann Rist

Betriebsspiegel:

47 ha Grünland, 40 ha Ackerland, 30 Milchkuhe mit Nachzucht und eigenem Zuchtbulle, 70 Tiere in der Färsen- und Ochsenmast, 40 Mastschweine, 3 Sauen und 1 Eber

Ein Kinderdorf baut einen Hof



Dies war eine der Aussagen, die ich oft zu hören bekam, als ich nach meiner hauptamtlichen Tätigkeit in der KLJB (Katholische Landjugendbewegung) wieder in die Landwirtschaft zurückkehrte. Selbst Bauern gaben mir diesen weisen Rat. Doch gerade dadurch, dass ich in einem anderem Tätigkeitsfeld gearbeitet habe, wurden mir die positiven Seiten der Landwirtschaft deutlicher.

Das Leben und Arbeiten in und mit der Natur schafft ein hohes Maß an Zufriedenheit und Ausgeglichenheit. Darüberhinaus ist die Selbstständigkeit durch die Verantwortung und durch die Chancen der perspektivischen Lebens- und Arbeitsgestaltung von besonderer Attraktivität. Ich will hier nicht eine klischeehafte Idylle beschreiben, halte es aber für sinnvoll, Vorzüge des Berufslebens hervorstel- len, da selbst im Berufsstand ein zu negatives Bild und eine anhaltende depressive Stimmung das Berufsbild verzerren und unattraktiv darstellen lassen. Falls mir die negativen Seiten des Berufes eine zu große Beeinträchtigung in meinem Leben werden, hielte ich es in meiner Verantwortung als Selbständiger für notwendig, den Beruf zu wechseln.

Seit März 1998 bin ich wieder ganz auf dem Betrieb. Das erste Jahr brauchte ich wieder zur Eingewöhnung, im zweiten Jahr bauten wir eine Altentellerwohnung, ein Holzständerhaus, und

„Mach doch was Gescheites“

seit dem dritten Jahr habe ich eine Nebentätigkeit für eine Maissaatgutfirma, bei der ich für Kontakte zum Handel und Landwirte zuständig bin. Natürlich gab es auch Überlegungen, die freie Zeit in den Aufbau einer Direktvermarktung oder ähnliches zu investieren. Dies lehnte ich aber ab, da ich perspektivisch eine Betriebsform haben möchte, bei der ich – allein aus sozialen Gründen – vom Betrieb abkömmlich bin. Auf Dauer werden sich meine Eltern aus Altersgründen vom Betrieb zurückziehen, meine Freundin wird in ihrem Bereich arbeiten, so dass ich weitestgehend auf meine Arbeitskraft beschränkt bin.

Betriebskooperationen sind für mich zwar ein Thema, bislang ergab sich allerdings noch nichts Konkretes. Weitere betriebliche Perspektiven sind ge-

fragt und in Planung. Wichtige Kriterien hierfür sind natürlich die Einkommenssituation, die Arbeitsbelastung und die Attraktivität meines Arbeitsplatzes.

Natürlich ist es eine Umstellung vom Arbeiten mit Berufskollegen bei der KLJB hin zum jetzigen Arbeiten mit Familienmitgliedern. In der Arbeits- und Lebensform auf dem Betrieb kommen mehrere potentielle Konfliktfelder zusammen, da Familienmitglieder gleichzeitig Nachbarn und Arbeitskollegen sind. Nicht nur aus diesen Gründen sind genaue Absprachen bezüglich der Arbeits- und Kompetenzverteilung unabdingbar.

Mir ist es wichtig, über die Landwirtschaft hinaus auch etwas ganz anderes zu machen. Als Freizeitbeschäftigung gehe ich Salsa und Merengue tanzen,

Betriebsspiegel:

20 Kühe, Jungvieh, 40 Mastbullen, 15 Mutterschafe, Enten, Gänse; 17 ha Ackerland, 15 ha Grünland. Der Betrieb liegt in Westfalen, nördlich des Ruhrgebietes.

was zeitlich in einem bescheidenen Rahmen bleibt, dafür aber um so attraktiver ist. Mein politisches Engagement ist auf Sparflamme zurückzuführen. In gewissem Umfang unterstütze ich bei FIAN (Internationale Menschenrechtsorganisation für das Recht auf Nahrung) die Agrarreformkampagne, was allerdings in der zurückliegenden Bauphase schwierig war. Dennoch bleibt das Themenfeld internationale Agrarpolitik für mich ein interessantes Themenfeld.

Benedikt Hüttemann

Zuckerfabriken als „Geld-Generatoren“

Der dänische Konzern Danisco will sich laut Financial Times Deutschland nicht nur von seiner Spirituosen-Sparte, sondern auch von seiner Verpackungssparte trennen und sich auf Zusatzstoffe für die Lebensmittelindustrie (Aroma- und Süßstoffe) konzentrieren. Die Sparte Zucker will man jedoch auf jeden Fall behalten: „Die ist unser Geld-Generator“, so Danisco-Chef Duch-Pedersen, der auch in Anklam/Vorpommern eine Zuckerfabrik betreibt. Der Zuckerpreis sei EU-weit reguliert und beschere den Herstellern wie Danisco oder der deutschen Südzucker sichere satte Gewinne. „Wir nehmen das Geld und investieren es in Inhaltsstoffe“ (u.a. auch Zuckerersatz-Süßstoffe), so der Danisco-Chef. Ob das den Rübenbauern zugute kommt? en

Avebe muss GV-Durchwuchs beseitigen

Bei Androhung eines Zwangsgeldes von 1000 Gulden je Hektar hat der niederländische Inspektionsdienst für Umwelthygiene das Kartoffelstärkeunternehmen Avebe angewiesen, gentechnisch veränderte Kartoffeln auf den Äckern zu beseitigen. Im vorigen Jahr hatte Avebe laut Ernährungsdienst von einigen Bauern die gentechnisch veränderte Sorte Apriori auspflanzen lassen, obwohl noch keine Anbaugenehmigung vorlag und dann auch nicht erteilt wurde. Die Erzeuger mußten die gentechnisch veränderten Kartoffeln wieder vom Acker holen. Anscheinend nicht vollständig, denn im Folgejahr wuchsen aus den liegengelassenen Knollen wieder Pflanzen durch. en

Mykotoxinbelastung von Getreide

Die Belastung von Getreide und Getreideprodukten mit gesundheitsschädlichen Pilzerregern (z.B. Fusarien) hat bei Wissenschaftlern Besorgnis hervorgerufen. Eine Studie der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL) untersuchte in diesem Zusammenhang die Mykotoxinbelastung von Weizen und Roggen aus Thüringen des Erntejahres 1998 mit den Toxinen DON und ZON. Die konventionellen Weizenproben enthielten zu 71 % DON, mit durchschnittlich 1,4 mg/kg bei den positiven Proben (Schwankungen: 0,1 – 11,1 mg/kg). Von den Öko-Weizenproben waren 61 % belastet mit durchschnittlich 0,7 mg (1,1 – 4,0 mg/kg). en

Pflanzenschutzmittel-Multis

Von einst mehreren Dutzend Pflanzenschutzkonzernen werden weltweit bald nur noch fünf übrigbleiben. Ein Vertreter des Industrieverbandes Agrar sieht zudem Stagnation auf den Weltmärkten. Nummer Eins der Global Player bleibt Syngenta (muss aber auf Weisung der Wettbewerbsbehörden seine Marktbeherrschung bei Fungiziden (Strobilurinen) abbauen). Die Nummer 2 Aventis (Hoechst + Rhone-Poulenc) plant angeblich die Trennung von ihrer Agrarsparte. Auf Platz 3 liegt der angeschlagene Gentechnikkonzern Monsanto. Auf den 4. Rang rückt durch den Zukauf von Cyanamide (USA) die BASF vor, muss aber auf Anweisung der EU-Kommission noch seine marktbeherrschende Stellung bei Herbiziden für Leguminosen und Fungiziden für Obst und Reben abbauen. Auf den Plätzen 5 bis 7 liegen derzeit Bayer, DuPont und Dow-Agro-Sciences. en

Biogas-Gruppe kritisiert Hürden

Auf wenig erfreuliche Hürden für die Biogaserzeugung und -nutzung hat die Regionalgruppe Nord-Hannover des Fachverbandes Biogas e.V. im Anschluss an eine Biogas-Tagung aufmerksam gemacht. So sei die Verabschiedung der Biobabfallverordnung immer noch nicht in Sicht. Einige Energieversorgungsunternehmen habe das dazu verleitet, den eingesparten Biogasstrom nur unter Vorbehalt oder zu geringeren Sätzen zu vergüten als im Erneuerbaren Energien Gesetz vorgeschrieben ist. Die niedersächsische Landesregierung lege sei dem 31. Juli 2000 Neuanträge zur Kreditfinanzierung von Biogasanlagen auf Eis. Die Teilnehmer forderten von der Landesregierung, den Antragsstau aufzulösen. pm

München – größter Biobauer Bayerns

Die Landeshauptstadt München hat mit 800 Hektar über 60 Prozent ihrer Landwirtschaftsfläche auf den Ökologischen Landbau umgestellt. Laut Ökotest wurden nach einem Stadtratsbeschluss im Jahre 1989 von den elf Stadtteilen sechs ökologisch bewirtschaftet, um so Kulturlandschaften und Naherholungsgebiete zu erhalten. Allerdings handele es sich hierbei um Flächen, die die Stadt langfristig angekauft hatte, um sie gegebenenfalls evtl. bebauen zu können. Andere Großstädte wie Hamburg, Berlin, Frankfurt am Main, Leipzig und Hannover setzen – so Ökotest – ebenfalls immer stärker auf umweltgerechte Landwirtschaft. Der gegenseitige Erfahrungsaustausch findet bundesweit auf einem jährlichen Treffen eines entsprechenden Arbeitskreises statt. en

Welten an einem Tisch

Spezialisierte Schweinehalter trifft Tierschützer

Die Interessengemeinschaft der Schweinehalter Nord-Westdeutschland (ISN) und der Deutsche Tierschutzbund werden eine gemeinsame Arbeitsgruppe einsetzen, die Kriterien für tiergerechte und wirtschaftlich praktikable Abferkelbuchten für die Schweinehaltung entwickeln soll. Dieses Vorhaben ist das Ergebnis eines Treffens, das auf Einladung der ISN auf dem Sauenhaltungsbetrieb von ISN-Vorstand Franz Meyer zu Holte in Damme/Niedersachsen stattfand. In den meisten spezialisierten Sauenbetrieben werden die Sauen heute in einer Abferkelbucht durch Gitterbegrenzungen, ähnlich wie in einem Kastenstand, von ihren Ferkeln getrennt, um zu verhindern, dass sie beim Hinlegen ihren Nachwuchs erdrücken.



Meyer zu Holte und Apel im Stall. Foto: ISN

Tiergerechte Abferkelbucht

Anlass für das Treffen war die vom Deutschen Tierschutzbund bundesweit gestartete Kampagne gegen „tierquälerische Schweinehaltung“. Die Kampagne, die europaweit von den Tierschützern durchgeführt wird, steht in Zusammenhang mit der geplanten Überarbeitung der EU-Richtlinie zur Schweinehaltung. Das zentrale Postermotiv der Kampagne wirbt mit fünf Ferkeln, versehen mit der Schlagzeile „So süße Ferkel muss man einfach quälen“. Gleich zu Beginn des Gesprächs stellte Meyer zu Holte, 1. Vorsitzender der ISN, unter Bezug auf das Plakat und die begleitenden Broschüren heraus, dass

nachvollziehbar ist, wenn eine Kampagne sehr pointiert eine Diskussion anschieben soll, dass jedoch die pauschale Diskreditierung der Schweinehalter nicht hinzunehmen sei. Wolfgang Apel, Präsident des Deutschen Tierschutzbundes, erwiderte, dass die Kampagne eine breite Debatte über die Schweinehaltung in Deutschland und Europa entfachen soll, und dies auch erreicht wurde. Mit der strittigen

Formulierung, so Apel weiter, sollte nicht zum Ausdruck gebracht werden, dass alle Landwirte Tierquäler seien.

Apel froh

„Es stimmt uns hoffnungsvoll, dass die ISN Gesprächsbereitschaft signalisiert

hat. Unser Ziel ist es nicht, die Schweinehaltung in Deutschland abzuschaffen und ins Ausland abwandern zu lassen, sondern hier Bedingungen zu schaffen, die für den Landwirt machbar sind, für das Tier Verbesserungen bringen und vom Verbraucher angenommen werden. Die Arbeitsgruppe soll nicht politisch, sondern praktisch arbeiten“, erklärte Wolfgang Apel im Anschluss an die Hofbesichtigung in Damme/Niedersachsen. Im Verlauf des Gesprächs wurde zudem von beiden Seiten bekräftigt, dass europaweit gleiche politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen durchgesetzt werden müssten, die es zulassen, dass Schweine so gehalten werden, dass man ihre Bedürfnisse gerecht wird. Hier wäre ein abgestimmtes politisches Vorgehen wünschenswert. pm

Hohe Ziele für den Ökolandbau

In den nächsten 5 Jahren soll der Ökolandbau 10 % Anteil an der Landwirtschaft erreichen, verkündete Ulrike Höfken, agrarpolitische Sprecherin von Bündnis 90/ Die Grünen, auf einem Kongress ihrer Partei in Berlin. Mit Hilfe einer Werbekampagne des Bundeslandwirtschaftsministeriums, verstärkter Verbraucherinformation und der Etablierung des Ökoprüfzeichens solle das ehrgeizige Ziel erreicht werden. Eine Initiative unter Einbeziehung von Handel, Verarbeitern, Erzeugern, Verbänden und Gesundheitswesen solle den Ökolandbau fördern, versprach Ulrike Höfken. Vorbild ist dabei der dänische Aktionsplan für den Ökolandbau. Dr.

Klaus-Peter Wilbois, Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft Ökologischer Landbau (AGÖL), kritisierte dagegen die Verlautbarungen aus dem Bundeslandwirtschaftsministerium als „eher lauwarm und bisher nicht geeignet, deutliche Signale zu setzen“. Gründe für die momentane Stagnation des deutschen Ökolandbaus sieht Dr. Martin Wille, Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium, in der „weltanschaulichen Tradition“ und der Vielzahl der Verbände und Markenzeichen des Ökolandbaus. Eine Aussicht für eine dynamischere Entwicklung sei möglicherweise die Gentechnikfreiheit der Ökoprodukte. ms

Lange Zeit als veraltet und unwirtschaftlich verschrien, erleben die alten bodenständigen Nutztierassen wieder neuen Aufwind. Robust, fruchtbar und widerstandsfähig – mit teils noch kaum genutzten Eigenschaften, erobern sich die Tiere ihren Platz zurück. Seit Jahren ist keine Rasse mehr verschwunden und neben der reinen Hobbyhaltung werden einige der Rassen vermehrt in der Landwirtschaft genutzt. Emotionale Bindung zu der Rasse, der regionale Bezug und Vorteile in der Nutzung sind Gründe für das Engagement der Halter



Die Alten Schwarzbunten kehren zurück ...

Wiederaufbau einer Milchviehherde auf der Hessischen Staatsdomäne Frankenhausen

Hochschule in Kassel wird Alte Schwarzbunte erhalten und züchten: Onno Poppinga berichtet

Vor zwei Jahren wurde die Domäne Frankenhausen von der Universität Gesamthochschule Kassel angepachtet. Die Pacht für den bisherigen Versuchsbetrieb in Neu-Eichenberg war ausgelaufen und der Betrieb selbst bot vor dem Hintergrund des neu gegründeten GhK-Schwerpunktes „Nachhaltige Landnutzung und Regionalentwicklung“ wenig Entwicklungsperspektiven. Die Domäne Frankenhausen mit 320 ha guten und sehr guten Böden wurde seit Mitte der 70er Jahre als viehloser Zuckerrüben- und Saatgutvermehrungsbetrieb bewirtschaftet. Die Pachtung der Domäne durch die Hochschule wurde in der Landwirtschaft durchaus kontrovers diskutiert. Teils weil es eigenes Pachtinteresse gab, teils weil Ökolandbau auf diesen Böden auf Unverständnis stieß. Der Initiator der Anpacht Prof. Jürgen Heß bemüht sich um den Auf-

bau guter nachbarschaftlicher Beziehungen auf der Grundlage gegenseitiger Unterstützung.

Milchvieh auf Ackerstandort

Nach längerer Debatte unter den am Aufbau des Versuchsbetriebes Beteiligten wurde entschieden, in Frankenhausen auch eine Tierhaltung neu zu begründen. Eine agrarpolitisch wichtige Entscheidung, gibt es doch auch im ökologischen Landbau besonders bei flächenstärkeren Betrieben mit guten Böden eine deutliche Tendenz zu einer vieh- (vor allem rindvieh-)losen Wirtschaft. Hochwertige Vorzugsmilch aus Frankenhausen, das war für die Bewohner der Stadt Kassel bis Anfang der 70er Jahre eine Selbstverständlichkeit; daran soll – langfristig – wieder angeknüpft werden.

Nach langen Überlegungen fiel die Entscheidung, die Herde aus Tieren

der Rasse Altes Schwarzbuntes Niederungs- und Mittelrind aufzubauen. Äußerlich unterscheiden sie sich nur für Kenner von den Schwarzbunten Tieren, die sonst überall auf Weiden und in Ställen zu sehen sind. Die „Alten Schwarzbunten“ sind etwas kleiner, aber deutlich breiter. Noch vor drei Jahrzehnten waren sie die am meisten vertretene Rinderrasse in Mitteleuropa. Danach wurden sie durch ihre ausschließlich auf Milchleistung spezialisierten Verwandten – die aus Kanada und den USA stammenden Holstein-Frisian – weitgehend verdrängt. Heute zählen die Alten Schwarzbunten zu den vom Aussterben bedrohten Rassen. Nur noch ca. 300 reinrassige Kühe gibt es in den Alten Bundesländern; in den Neuen Bundesländern ist der Bestand mit ca. 2000 Kühen noch etwas größer, die aus der ehemaligen „Gen-Reserve der DDR“ hervorgegangen sind.

Zweifache Leistung

Warum diese Rasse? Die Notwendigkeit, ihr vollständiges Auslöschen zu verhindern, ist natürlich ein wichtiger Grund. Eine Rasse, die über ein Jahrhundert unter verschiedensten Bedingungen gute Leistungen gebracht hat: gesund, robust, leistungsfähig bis ins hohe Alter. Ihre Fähigkeit, hohe Milchleistung bis ins hohe Alter zu bringen, ist erst jetzt richtig deutlich geworden. Zählt doch die Kuhfamilie mit der welthöchsten Lebensleistung – die Familie der „Athene“ – zu dieser Rasse. Trotz der geringen verbliebenen

Zahl an Kühen gibt es immer wieder solche, die die Traummarke eines jeden Züchters – die 100.000 Liter Lebensleistung – erreichen. Die günstige Zusammensetzung der Milch mit ihrem hohen Anteil an Cappa Kasein macht sie für die Herstellung von hochwertigem Käsearten besonders geeignet.

Ein ganz wichtiger Grund ist weiter, dass es sich bei den Alten Schwarzbunten um eine Zweinutzungsrasse handelt. Neben einer guten Milchleistung sind auch Fleischfülle und die Fleischqualität hervorragend. Eine Eigenschaft, die sie besonders geeignet macht für Höfe, die nicht nur spezialisierte Milchtiere wollen. Zahlreiche ökologische Betriebe in Nordhessen, Ostwestfalen und vor allem in Niedersachsen setzen daher wieder auf diese Rasse.

Züchterische Weiterentwicklung

Durch den Ankauf für die Herde in Frankenhausen konnte erreicht werden, dass zwei kleine Herden, die aus Altersgründen der Bauernfamilien aufgelöst worden wären, jetzt geschlossen beisammen und der Zucht erhalten bleiben. Dazu zählen auch die Nachkommen der sehr bewährten Familien der „Athene“ (Züchter: Albert Kramer, Wörpedorf) und „Maja“ (Züchter: Jan van der Horst, Walthusen). Die Milchviehherde wird ca. 70 Tiere umfassen. Sie sollen auch ein Beitrag zur züchterischen Weiterentwicklung dieser Rasse leisten.

Onno Poppinga



... und stehen auf der neuen Weide etwas nachdenklich herum

Erhaltung alter bodenständiger Rassen in der Landwirtschaft

Seit 19 Jahren setzen sich Landwirte und Interessierte aus dem Umfeld in einem Verein für die Nutzung und Förderung von bedrohten Rassen ein. Mit Erfolg. Seitdem ist keine Rasse mehr verloren gegangen.

Alte und gefährdete Haustierrassen haben häufig positive Eigenschaften wie Genügsamkeit, Fruchtbarkeit, Widerstandsfähigkeit gegen Krankheiten und Parasiten. So ist es ein Ziel der Gesellschaft für alte und bedrohte Nutztierassen (GEH), sie in ihrem landwirtschaftlichen Umfeld mittels speziell angepasster Zuchtprogramme zu erhalten. Um langfristig gewährleisten zu können, dass alte und bodenständige Rassen auch „nutzungstauglich“ für die Landwirtschaft bleiben oder wieder werden, ist eine nutzungs- und standortorientierte Zucht von Bedeutung. „Erhalten durch Aufessen“; dieser etwas flapsige Aufruf hat einen ernsten

Spezialisten für die betreute Rasse, kennen deren Zuchtgeschichte und Herkunftsregion, die Halter und die Problematik. Meist sind sie selbst Halter der Rasse und kommen häufig aus der Herkunftsregion der Tiere und sind mit den jeweiligen Landschaften verwurzelt.

Archehöfe vielversprechend

Doch die stete Betreuung der Rassen und ihrer Halter reicht nicht aus, um den Erhalt der Bestände zu sichern. Aufspüren restlicher Tierbestände und „Feuerwehraktionen“ zur Erhaltung von Tierbeständen, die geschlachtet werden sollen, kommen hinzu. In dem bundesweiten Arche-Hof Projekt wer-

Schwäbisch Hällische Schwein, welches sich ausgezeichnet zur

Qualitätsfleischproduktion in artgerechten extensiven Haltungssystemen eignet.

Andere wiederum haben in Produktionsnischen ihren Platz gefunden, so z.B. einige bodenständige Landschaffrassen wie das Coburger Fuchsschaf und die Rhönschafe. Gab es vor 15 Jahren noch weniger als hundert Tiere dieser Rassen, sind die Bestände wieder auf mehrere Tausend gestiegen. Einige Rassen sind wieder in die offiziellen Herdbücher aufgenommen worden, bzw. es wurden eigens offiziell anerkannte Herdbücher geschaffen wie das Rottaler Pferd, die Gefährdete Nutztierasse des Jahres 2000.

Probleme und Konfliktbereiche

Dennoch bedeutet es in vielen Fällen, lange und oft auch nervenaufreibende Prozesse durchzustehen, bis eine Rasse wieder stabilisiert ist. Da einige Rassen auf nur wenige Elterntiere zurückzuführen sind, müssen sich die Züchter mit dem Problem der nahen Verwandtschaft und kleinen Populationen auseinandersetzen.

Auch die Integration der Hobbyhalter ist, wie oben schon angedeutet, nicht unproblematisch. Mangalitsa etwa (Ungarische Wollschweine) lösen wegen ihres attraktiven Äußeren oft Begeisterung aus. Sie sind ausgezeichnet geeignet für extensive Freilandhaltungssysteme, ihr Fleisch ist relativ fett und die Fütterung muss daher gewis-

senhaft erfolgen. Die Robustheit ist auf die nahe Verwandtschaft zum Wildschwein zurückzuführen, d.h. die Tiere können ein entsprechendes Temperament entwickeln. Ein angemessenes Handling setzt also auch fundierte Kenntnisse der Rasse und deren Ansprüche voraus. Zudem wäre es wünschenswert, auch die Hobbyhalter stärker in die aktuellen Zuchtprogramme einzubinden.

Finanzierung notwendig

Staatliche Förderung erhalten die Züchter und Halter über EU- und Länderprogramme. Die Bundesländer schütten dabei jeweils für „ihre“ bodenständigen Rassen Zucht- und Haltungsprämien aus. Diese sind jedoch nur als Unterstützung gedacht und ermöglichen nicht die volle Finanzierung der Tiere. Ökonomische Überlegungen können also bei der Haltung der alten Rassen nicht außer Acht gelassen werden. Die GEH freut sich deshalb auch über jede Unterstützung, sei es in Form aktiver Mitarbeit, Spenden oder Mitgliedschaft.

Antje Feldmann

Adresse: GEH (Gesellschaft zur Erhaltung alter und gefährdeter Haustierrassen e.V.), Postfach 1218, 37202 Witztenhausen, Tel: 05542-1864, Fax: 05542-72560; email: geh.witzenhausen@t-online.de; Internet: <http://www.g-e-h.de>



Coburger Fuchsschafe haben ihre Nische gefunden.

und durchaus komplexen Hintergrund: Alte Rassen werden wegen ihrer äußerlichen Attraktivität und den geringen Haltungsansprüchen zunehmend in Tierparks, Zoos und Freilichtmuseen sowie von Hobbyhaltern gehalten und gezüchtet. Dies ist erfreulich, zumal einige der Parks und Zoos die Tiere auch landwirtschaftlich nutzen und an Zuchtprogrammen teilnehmen. Eine sichere, langfristig ökonomisch tragfähige Erhaltungsmaßnahme ist jedoch der Einsatz in der landwirtschaftlichen Produktion. Wiewohl für viele Rassen noch ein entferntes Ziel, wird dies doch für alle 90 Rassen angestrebt, die derzeit auf der „Roten Liste der gefährdeten Nutztierassen“ stehen.

Ohne die jeweiligen Rassebetreuer könnte die Erhaltungs- und Zuchtarbeit nicht gemacht werden: Sie sind

den inzwischen 70 Höfe koordiniert, die alte Rassen artgerecht halten, landwirtschaftlich nutzen und an Zuchtprogrammen teilnehmen sowie ihre Höfe für eine interessierte Öffentlichkeit öffnen. Das Interesse, auf das dieses Projekt bei Landwirten und Publikum gleichermaßen gestoßen ist, hat alle Erwartungen überschritten.

Keine Rasse mehr verloren

Seitdem die GEH besteht und sich für den Erhalt der alten Rassen einsetzt, ist in Deutschland keine Rasse mehr ausgestorben. Ein großer Erfolg: ist doch unsere Landwirtschaft heute von einigen, genetisch oft sehr eingeeengten Hochleistungsrassen dominiert. Einige Rassen haben es dank ideenreichen Einsatzes der Züchter geschafft, sich im Wettbewerb mit den Hochleistungsrassen zu behaupten; z. B. das



Rottaler Pferde – die gefährdete Nutztierasse des Jahres 2000

Gesellschaft zur Erhaltung alter und gefährdeter Haustierrassen e.V. (GEH):

Die GEH, ein gemeinnütziger privater Verein, wurde 1981 gegründet und zählt derzeit ca. 1700 Mitglieder. Waren es anfangs hauptsächlich engagierte Landwirte und Tierzüchter, die sich oft jahrzehntelang allein für den Erhalt einer Rasse eingesetzt hatten, sind im Laufe der Zeit viele Interessierte aus verschiedensten landwirtschaftsnahen Berufsfeldern dazugestossen. Die GEH arbeitet eng mit staatlichen Organisationen, Universitäten und privaten Tierzuchtvereinen zusammen.

In der Geschäftsstelle arbeiten eine hauptamtliche Geschäftsführerin, eine feste Kraft sowie PraktikantInnen. Die Geschäftsstelle koordiniert, hält Kontakte zu anderen Organisationen, erstellt und verteilt Informationsmaterial, organisiert die GEH-Präsenz auf allen großen bundesdeutschen Landwirtschaftsmessen sowie Infostände für Veranstaltungen auf Anfrage und erstellt das vierteljährlich erscheinende Vereinsorgan „Arche Nova“.

Zweinutzungsrasen sind attraktiv für Rinderhöfe

Optimale Anpassung an mittlere Milch- und Mastleistungen statt maximale einseitige Nutzungen

Über Jahrzehnte hinweg eine Selbstverständlichkeit: Wo Kühe im Stall standen, wurden sie als Milch- und Fleischspenderinnen gehalten. Reine Milch- oder Fleischrasen waren eine Minderheit. Die Kühe der Zwei- bis Dreinutzungsrasen zogen Arbeitsgeräte und gaben Milch und Fleisch. Mit Beginn der Mechanisierung verlor die Arbeitsnutzung ihre Bedeutung. Erst ab Anfang der 60er Jahre wurde in vielen Rinderrassen immer stärker auf ein Leistungsmerkmal – entweder Milch oder Fleisch – gezüchtet. Viele der Zweinutzungsrasen wurden immer mehr in den Hintergrund gedrängt. Bei Rotvieh, Limburger oder Glanvieh wurden nur die Zuchtbücher aufgelöst, während andere Rassen wie Lahnvieh oder Wittgensteiner Bleßvieh ganz verschwanden. Erfreulich ist, dass es heute wieder

mehr Bauern und Bäuerinnen und andere Tierhalter gibt, die einige der Rassen vor dem Aussterben retten konnten. Züchtervereine haben sich neu gegründet und die Tierzahlen der vom Aussterben bedrohten Rassen steigen wieder an. Dennoch ist es kritisch zu sehen, dass heute bei vielen dieser ehemaligen Zweinutzungsrasen der Mutterkuhanteil überwiegt oder stark zunimmt. Hierbei wird die Milchleistung kaum noch beachtet. Als genügsame, robuste Tiere werden die Rassen für eine extensive Grünlandnutzung mit Mutterkuhhaltung beworben. Rotes Höhenvieh, Limburger Rind und Glanvieh haben inzwischen einen hohen Mutterkuhanteil. Die Milchleistung dieser Rassen liegt derzeit nach den Ergebnissen der Milchleistungsprüfungen zwischen 4000 und 5500 kg. Doch schon nach wenigen Generationen kann es bei reiner Mutterkuh-

haltung einer Rasse zu erheblichen Verringerungen in der Milchleistung kommen. Damit einher können schlechtere Ausnutzung der natürlichen Futtergrundlage und verlangsamte Gewichtszunahmen der Absetzer aufgrund der geringeren Milchleistungen der Mutterkühe gehen. Durch die doppelte Verwendung als Milchkühe und die meist höheren Preise für Schlachtvieh und Mastkälber sind die Zweinutzungsrasen den einseitigen Hochleistungsrasen ebenbürtig. Die geringeren Milchleistungen werden durch die besseren Preise für Mastbullen und -rinder wieder ausgeglichen. Dies trifft sowohl auf die oben erwähnten süddeutschen Doppelnutzungsrasen als auch auf die norddeutschen wie Rotbunte in Doppelnutzung und Schwarzbunte ohne Holstein-Frisian-Anteil (HF) zu. Wenn zum Ausgleich Milch- mit Fleischrasen ge-

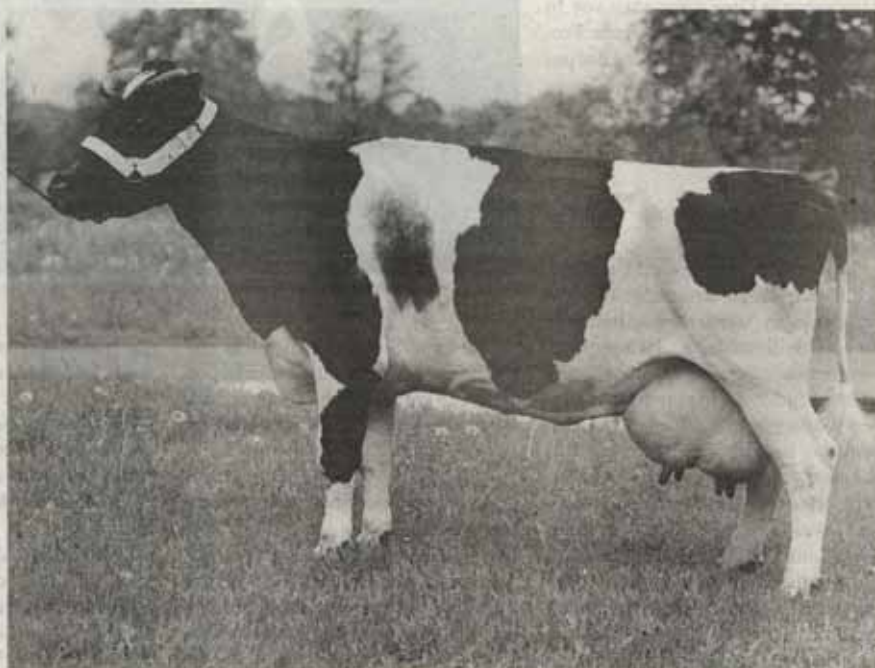
paart werden, fehlt in den Milchviehbetrieben weibliche Nachzucht, die dann zugekauft werden muss. Bei den alten Schwarzbunten brachten einzelne Tiere schon in den 20er und 30er Jahren Spitzenleistungen heutiger HF-Tiere. Umso wichtiger ist es nach meiner Meinung, dass immer ein Teil der Zweinutzungsrasen sowohl gemolken als auch für die Mast verwendet wird und nicht eine der beiden Nutzungsformen immer weiter zurückgedrängt wird. Um die Milchleistung auf lange Sicht zu bewahren, sollten von jeder Rasse mindestens 30 % als Milchkühe gehalten werden. Trotz der vielen Vorteile der Zweinutzungsrasen bleibt zu befürchten, dass der Trend zur Spezialisierung auch vor den Rinderrassen nicht Halt macht.
Hans-Jürgen Euler

Beruf und Hobby zugleich

Christian Janshen züchtet auf hohe Milchproteinvarianten

Schon mein Großvater und Vater haben die Schwarzbunten gezüchtet“, erzählt Christian Janshen, „und auch mein Interesse für die Rinderzüchtung begann früh: bereits im Alter von sieben Jahren begleitete ich meinem Vater auf Besichtigungstouren bei den Hochzüchtern.“ Heute hält Janshen 40 Kühe der Rasse Alte Schwarzbunte auf seinem 38 Hektar-Hof, den er überwiegend alleine bewirtschaftet. Zwar wurden in dem Betrieb der alten Züchterfamilie als einer der ersten Holstein-Frisian-Bullen eingesetzt, doch die Nachkommen von „Gäity“ überzeugten Christian Janshen nicht. Als die daraus gezogen hochgezüchteten Bullen dann geschlachtet wurden, waren sie so verfettet, dass der vereinbarte Schlachtpreis nicht gezahlt werden sollte. Die alten Schwarzbunten hält Christian Janshen für besser mastgeeignet, sie verfügen über ein besseres Fleischansatzvermögen. „Jedes Bullenkalb aus den Alten Schwarzbunten ist zumindest ein gutes Mastkalb“, erläutert er. Den Großteil seiner Nachzucht kann er jedoch als Zuchttiere

weiterverkaufen. Wichtigste Zuchtziele sind für ihn Langlebigkeit, Robustheit und Wirtschaftlichkeit. Denn warum soll eine Kuh 11.000 oder 12.000 Liter Milch geben, wenn da die Kosten je Liter Milch steigen? Da reichen doch auch 6000 oder 7000 Liter, wenn das wirtschaftlich ist. Auch die Langlebigkeit kann sich rechnen: Die Kuh Linna brachte in 17 Jahren 20 Kälber zu Welt. Strenger Linienzucht mit hohem Inzuchtanteil verdankt er seine Erfolge. Sein neues Interesse gilt dem Gehalt an Cappa-Kasein in der Milch. Nicht alle Rinder weisen dieses Protein in der Milch auf, das für die Käseereitfähigkeit von Bedeutung ist. Auf der Frankenhäuser Züchtertagung



Amalie vereint Langlebigkeit, Fruchtbarkeit und Robustheit.

stellte Georg Erhardt von der Uni Giessen eine Studie vor, in der nachgewiesen wurde, dass bei steigendem Cappa-Kasein-BB-Gehalt in der Milch neben einer höheren Käseausbeute mit besserer Beschaffenheit auch eine Produktionskostensenkung von 0,40 DM je kg Käse erzielt werden kann. Christian Janshen hat inzwischen den

Großteil seiner Herde auf die Eigenschaft testen lassen. In Zukunft wird er dieses Merkmal bei seinen Zuchtzielen mit berücksichtigen. Irgendwann könnte der Gehalt in Cappa-Kasein auch für den Milchpreis entscheidend sein. In der Zucht wird in langen Zeiträumen gedacht. ms

Förderung für bedrohte Tierrassen greift

Nach 5 Jahren EU-Förderung stehen nun Änderungen an, zu denen Dr. Hermann Schulte-Coerne, Abteilungsleiter im BML und nationaler Koordinator für Tiergenetische Ressourcen in der Landwirtschaft, Auskunft gibt. Mehr Arten, aber mit strengeren Kriterien werden in die Förderung aufgenommen. Dafür droht manchen Rassen das Ende der EU-Unterstützung.

Bauernstimme: Wie sieht die bisherige Förderung für bedrohte Nutztierassen aus?

Schulte-Coerne: Die Förderung wird wesentlich von den Ländern gestaltet und finanziert. Bisher wurde in der EU auf Grundlage der Verordnung 2078/92 gefördert. Sie ist jetzt durch die neue Verordnung 1257/99 ersetzt worden. Nach der alten Verordnung sollten nur Rauhutterfresser gefördert werden: Rinder, Schafe, Ziege und Pferde. Denn in der EU wird der Erhalt von genetischer Vielfalt nur im Rahmen von Agrarumweltmaßnahmen gefördert. Anders sieht es aus, wenn die Länder alleine, das heißt ohne EU-Kofinanzierung fördern.

Gibt es Unterschiede in der Höhe der Fördermittel je nach Grad der Gefährdung der einzelnen Rassen?

Nein, die EU schreibt eine Höchstfinanzierung je Großvieheinheit vor. In fast allen Ländern gibt es eigene Programme, die diese Möglichkeit der unterschiedlichen Prämienhöhe aber kaum genutzt haben. Es sind ohnehin eher Anerkennungsbeiträge, die gezahlt werden.

Können Sie Beispiele für einzelne Förderungen nennen?

Es ist immer etwas ungerecht, nur einzelne Beispiele zu nennen, weil andere verschwiegen werden. Als Beispiele für EU-kofinanzierte Haltungsprämien kann man nennen: die Hinterwälder Rinder, die in einem Land (Baden-Württemberg) gefördert werden oder das Rotvieh Zuchttrichtung Höhenvieh, das gleich in mehreren Ländern (Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen) gefördert wird. Ein Beispiel für eine reine Länderförderung liefert das Murnau-Werdenfeler Rind in Bayern. Dort werden neben den Haltungsprämien für jedes gehaltene Tier auch Jungkuh- und Vatertierprämien gezahlt. Ähnliche Ansätze gibt es für das Glanvieh in Rheinland-Pfalz oder für das Schleswiger Kaltblut in Schleswig-Holstein. Was ich sehr positiv an den reinen Ländermaßnahmen finde ist, dass gezielt Anreize gegeben werden, Tiere auch zu vermehren. Ländermaßnahmen können differenzierter gestaltet werden. Ein weiterer Vorteil war, dass bisher auch schon andere Tierarten, z.B. Schweine und Geflügel, z.B. die Pommerngans und

Pommernente in Mecklenburg-Vorpommern gefördert werden konnten, solange die EU-Förderung das noch nicht vorgesehen hat.

An welche Voraussetzungen sind die Förderungen geknüpft?

Von Seiten der EU wird vorgegeben, dass die Förderung an Landwirte vergeben wird. Die Betriebe sind für fünf Jahre verpflichtet, an dem Programm teilzunehmen. Ob jährlicher Nachwuchs, ob Eintragung ins Zuchtbuch oder beispielsweise die Teilnahme an Milchleistungsprüfungen erforderlich

Tiere zu fördern. Um mehr Vatertiere in der Zucht einsetzen zu können, gilt es deren Haltung besonders zu fördern. Dies ist für die Vermeidung von Inzucht sehr wichtig.

Zusätzlich plädiere ich für eine Möglichkeit, Fördermittel auch sehr langfristig auf einen kleinen Kernbereich von Zuchtprogrammen konzentrieren zu können. Es ist schwierig, bei der Erhaltung einer Rasse auf Dauer von sehr vielen Haltern abhängig zu sein. Man hat es letztlich nicht in der Hand, wenn beim Übergang des Betriebes von einer Generation auf die nächste,

terkuh kann es passieren, dass die Eigenschaften, an denen Interesse bestand, verloren gehen. Deswegen ist es wichtig, sie auch als Milchkühe zu erhalten. Das Ziel war nicht, eine neue Mutterkuhrasse zu finden.

Wenn die Förderung der Rassen als Umweltschutz angepriesen wird, ist es aber doch naheliegend, die Kühe als Mutterkühe auf Grünland zu halten.

Für den Erhalt von genetischen Eigenschaften ist die Verwendung von Milchrasen als Mutterkühe keine optimale Methode. Um dem Ziel, die bedrohten Tierrassen als Teil einer bäuerlichen Kultur zu erhalten, näher zu kommen, ist es vielleicht weniger entscheidend, ob das Rote Höhenvieh als Mutterkuh oder als Milchkuh gehalten wird.

Was wird sich in nächster Zeit bei der EU-Förderung ändern?

Zur Zeit wird die Förderung auf die neue EU-Verordnung umgestellt. In der Durchführungsverordnung steht, dass ein internationales Expertengremium definiert, welche Rassen als bedroht gelten. Die EU hat sich dabei auf die FAO als Expertengremium festgelegt, die ihrerseits eine Obergrenze von 1200 Tieren je gefährdete Rasse festgelegt hat. Damit würden einige der bisher geförderten Rassen aus der Förderung herausfallen. Dagegen haben sich die Bundesregierung, aber auch Vertreter mehrerer anderer betroffener Mitgliedstaaten gewandt. Wir hoffen, dass es gelingt, die Förderung für die bisher geförderten Rassen fortsetzen zu können.

Positiv an den neuen EU-Vorgaben ist, dass für weitere Tierarten, besonders Schweine und Geflügel, eine Förderung eröffnet wird.

Welche konkreten Bedingungen für die Förderung aufgenommen werden, wird aber weiterhin in den Entwicklungsprogrammen der Länder festgelegt werden. Teilweise wurden hier Bestimmungen überarbeitet, etwa dadurch, dass die Teilnahme an Zuchtprogrammen verbindlicher gefasst oder eine Registrierung der Tiere in Herdbüchern vorgeschrieben wurde.

Wir danken für das Gespräch ms

Informationen über die Förderprogramme der Länder im Internet unter: <http://www.dainet.de/genet/tgrdeu/foerderung/>



Bald haben auch die Ferkel des Angeler Sattelschweins Aussicht auf EU-Gelder

ist, wird von Seiten der EU nicht vorgeschrieben. Aber die Länderprogrammen greifen solche Dinge auf und sehen überwiegend die Eintragung der Tiere in einem Zuchtbuch vor.

Was sollte bei der Förderung verbessert werden?

Bevor ich auf Verbesserungsvorschläge komme, möchte ich erst etwas Positives über die bisherige Förderung sagen: Die Maßnahmen, die hier eingeleitet worden sind, greifen. Die Bestände haben sich stabilisiert, und seit Beginn der Förderung haben wir auch keine Rasse mehr verloren. Selbst nahezu verschwunden geglaubte Rassen, sind wieder vertreten.

Hinsichtlich Verbesserungen wäre es aus meiner Sicht wünschenswert, die Förderungen auch gezielter durchzuführen zu können. Die reine Haltungsprämie ist oft zu undifferenziert und entspricht zu sehr dem Gießkannenprinzip. Ich hielte es für besser, gezielt die Vermehrung und Erhaltung der

die Nachfolger entscheiden, die Haltung einer Rasse aufzugeben.

Aber ohne Bauern und Bäuerinnen, die Rassen über Jahrzehnte die Treue gehalten haben, sähe heute die Vielfalt der Rassen noch magerer aus.

Sie haben recht, dennoch ist zum Beispiel der Erhalt der Bunten Bentheimer Schweine, die nur durch die Hartnäckigkeit und Leistung eines Bauern überlebt haben, langfristig noch keineswegs gesichert. Die Erhaltung auf mehr oder weniger hobbymäßiger Grundlage, ist auf Dauer keine sichere Grundlage. Dennoch bin ich für die Nutzung der Rassen in der Landwirtschaft.

Bei alten Milchviehrassen wie dem Roten Höhenvieh überwiegt inzwischen die Mutterkuhhaltung. Das Argument für die Erhaltung waren bisher unerkannte Eigenschaften als Milchkühe, die irgendwann genutzt werden könnten. Bei einer Nutzung als Mut-

Ist das Ökoprüfzeichen noch zu retten?

Das „Ökoprüfzeichen“ wird nur wenig genutzt. Über die richtige Strategie streiten die Öko-Verbände

Das noch junge Ökoprüfzeichen mit dem Kürzel ÖPZ steckt in der Krise. „Das Zeichen läuft nicht“, sagt der agrarpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Matthias Weisheit. Bald sind zwei Jahre vergangen seit der öffentlichen Vorstellung des Zeichens auf der Grünen Woche im Januar 1999, doch haben erst 70 Unternehmen für das Zeichen eine Nutzungslizenz erworben. Der Naturland-Geschäftsführer Gerald Herrmann stellt die Entscheidungsfrage: Entweder werde die Strategie geändert oder das Zeichen begraben. Steffi Lemke von den Grünen warnt vor solchen Tönen – schließlich waren viele Hoffnungen auf eine kräftige Ausdehnung des Marktanteils von Ökoprodukten an das einheitliche Zeichen geknüpft.

Vergeben wird das Zeichen von der im Mai 1999 gegründeten ÖPZ-GmbH. Die beiden Gesellschafter dieser GmbH sind die AGÖL (Arbeitsgemeinschaft Ökologischer Landbau) und die CMA (Centrale Marketinggesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft). Letztere hat für die Bekanntmachung des Zeichens für drei Jahre 5,8 Mio DM aus dem Absatzfonds bereitgestellt. Die AGÖL-Verbände fungieren als Untervergabeeinrichtungen für das ÖPZ und geben die Nutzungsverträge aus.

Richtlinien für das ÖPZ

Die aktuellen Vergaberichtlinien erlauben eine Warenauszeichnung mit dem ÖPZ nur, wenn das Produkt den Rahmenrichtlinien der AGÖL entspricht. Lebensmittel, die nach den weniger strengen Standards der EU-Öko-Verordnung erzeugt werden, können das ÖPZ nicht tragen. Außerdem gilt für das ÖPZ die „Prioritätenregel“, nach der Rohstoffe aus Deutschland benutzt werden müssen und Auslandsware nur bis zu einem bestimmten Prozentsatz und auch nur dann erlaubt ist, wenn in Deutschland keine AGÖL-Ware verfügbar ist. Wenn nun ein Verarbeiter z.B. Mischprodukte wie Müsli mit dem ÖPZ auszeichnen will, muss er den Nachweis erbringen, dass die Rosinen aus der Türkei oder aus Californien AGÖL-konform erzeugt sind – eine aufwendige Angelegenheit.

Streit unter Partnern

Über diese Bedingung gibt es Streit innerhalb der AGÖL bzw. zwischen den verschiedenen Anbauverbänden. Bioland-Vorstand Thomas Dosch drängt

darauf, das ÖPZ nicht an die AGÖL-Richtlinien, sondern an die weniger strenge EU-Verordnung zum Ökologischen Landbau zu binden. Das einheitliche Zeichen solle eine Art „Bio-TÜV-Siegel“ für alle Ökowerare sein. Dosch argumentiert, dass bei den derzeitigen Vergaberichtlinien weniger als die Hälfte der Produkte im Natur-



In der Schweiz legt sich das Handelsunternehmen Coop mächtig für „Bio“ ins Zeug. Foto: Febl.

kostfachhandel überhaupt mit dem ÖPZ ausgezeichnet werden könnte, weil dort ein großer Teil der Ware aus dem Ausland komme und nur nach EU-Standard erzeugt werde. Das ÖPZ solle dem Verbraucher die Sicherheit geben, dass die Produkte echte Ökowerare sind, wie der TÜV bei Autos die Funktionstüchtigkeit bescheinige. Und wie man sich bei Autos dann für Renault oder BMW entscheide, könne sich der Kunde bei Bioprodukten ebenfalls eine Marke aussuchen. Bioland hat als relativ bekannter Verband scheinbar ein Interesse daran, sich dann mit dem eigenen „Bioland“-Zeichen als „Superbio“ vom geringerwertigen „ÖPZ-Bio“ absetzen zu können. Beate Huber, noch Geschäftsführerin der ÖPZ-GmbH (sie hat aus rein persönlichen Gründen gekündigt), will dagegen den AGÖL-Standard für das ÖPZ unbedingt erhalten, weil er größere Sicherheit für die Verbraucher bedeute und den deutschen Bauern einen gewissen Vorsprung vor den europäischen Kollegen ermögliche. Ähnlich sieht das auch Naturland-Geschäftsführer und AGÖL-Vorstand Gerald Herrmann, der für ein ÖPZ auf EU-Niveau keine Zukunft sieht, weil das ÖPZ dann nur für Selbstverständlichkeiten werbe, nämlich für den gesetzlichen Standard.

Gehen bezüglich des Richtlinien-Standards die Meinungen zwischen den Verbänden also heftig auseinander, scheint eine Einigung darüber

leichter zu sein, die Hürde für ausländische Biowaren zu verkleinern. Nach Ansicht von Jörg Kunz, Marketingleiter des vornehmlich in Sachsen verbreiteten Verbands Gäa, gehe die jetzige Regelung an der Realität im Öko-Markt vorbei. Bei einer Vielzahl von Produkten werde im Handel nicht mehr zwischen Ware inländischer und

ausländischer Herkunft unterschieden. Kunz erwartet dagegen, dass von einer zu erwartenden Vervielfachung des Marktvolumens vor allem die inländischen Erzeuger und Verarbeiter profitieren würden. Widerstand gegen eine Öffnung gibt es jedoch nach wie vor von der CMA, die nur für Produkte der deutschen Agrarwirtschaft aktiv werden darf.

Die ÖPZ-GmbH muss für die geschilderten Probleme möglichst bald eine Lösung finden. Sie wartet dabei auf eine Studie, die zu erstellen sie zwei Institute beauftragt hat.

Und der Handel?

Ob die Studie Ergebnisse bringt, die den Lebensmittelhandel von der positiven Wirkung des Zeichens überzeugt, ist allerdings fraglich. Denn die Handelsketten, für die das Zeichen eigentlich gedacht war, scheinen kein Interesse (mehr) an einem einheitlichen Zeichen zu haben. Sie haben stattdessen in ihre Eigenmarken investiert. Mit den Marken 'Füllhorn' (Rewe), 'Naturkind' (Tengelmann) und 'Wertkost' (Edeka) haben die Großen im Lebensmitteleinzelhandel ihre eigene Möglichkeit, Bioprodukte zu kennzeichnen. Sie werben lieber für ihre eigene Marke als für ein Zeichen, das auch Mitbewerber nutzen. So meint sogar die ehemalige Geschäftsführerin der AGÖL, Manon Haccius, die heute für den Verarbeiter und Händler Alnatura arbeitet, dass

das Image der eigenen Marke ausreiche und: „Wir brauchen das ÖPZ nicht“.

Ein Haufen Appelle

Es gibt also „dringenden Handlungsbedarf“, wie Jörg Kunz von Gäa es formuliert. Für die Durchsetzung des Zeichens bleibe nicht mehr viel Zeit. Er appelliert dabei auch an Verbände wie Bioland, sich stärker für das gemeinsame Zeichen und nicht nur für das eigene Verbandslogo einzusetzen. Sollte das ÖPZ scheitern, plädiert Gäa für ein staatliches Zeichen. Der Naturschutzbund NABU hat an den Handel appelliert, das ÖPZ zu nutzen und eine Vermarktungsoffensive für Ökoprodukte zu starten.

Prof. Hamm, der langjährige Prediger eines einheitlichen Öko-Zeichens aus Neubrandenburg, richtet seinen Appell an die Politik: „Maßgeblich für die in anderen Ländern sehr viel stärkere Ausdehnung der ökologisch bewirtschafteten Fläche war vor allem eine klare agrarpolitische Zielsetzung, die mit entsprechenden Fördermaßnahmen umgesetzt wurde.“ In den drei skandinavischen EU-Mitgliedsstaaten haben die Landwirtschaftsminister das Ziel vorgegeben, die Ökoanbaufläche in 4 bis 5 Jahren auf 10 % zu erhöhen. In Österreich hat sich der Agrarminister auf einem Werbeplakat für Ökoprodukte ablichten lassen. In Deutschland gibt es ein Konzept zur Förderung des Ökologischen Landbaus und gleichzeitig einen deutschen Landwirtschaftsminister, der in der Öffentlichkeit äußert, dass er sich von dem Verzehr eines Biobrathähnchens keinen Genuss verspricht.

Ute Hörcher

Was kostet's?

Die endgültigen Richtlinien für die Vergabe des ÖPZ stehen seit Dezember 1999 fest. Danach beträgt die Gebühr für die Nutzung des ÖPZ für Verarbeiter 0,27 % des Umsatzes mit den Ökoprodukten. Bauern zahlen ein Prüfzeichenentgelt, das hektarabhängig und degressiv gestaffelt ist (flächenstarke Betriebe zahlen pro Hektar weniger), wenigstens aber 250 DM im Jahr beträgt. Jedoch können Biobauern und Verarbeiter, die Mitglied in einem der AGÖL-Verbände sind bzw. das Zeichen eines der AGÖL-Verbände nutzen, das ÖPZ noch bis Ende 2001 kostenlos nutzen, müssen allerdings einen Zeichennutzungsvertrag unterschreiben.

Am 25. September haben sich Polen und die EU-Kommission auf einen neuen Kompromiss zur Liberalisierung des Agrarhandels geeinigt. Die sogenannte „Null-Null-Lösung“ besagt, dass die EU ihre Exporterstattungen für Agrarausfuhren nach Polen abbaut und die Einstandspreise für Importe aus Polen reduziert, Polen hebt im Gegenzug Einfuhrzölle auf, die Importe aus der EU behindern.

Im Laufe der vergangenen eineinhalb Jahre hatten sich die Verhandlungen über den Beitritt Polens an dieser Frage zunehmend festgefahren. Polen



So wie dieser bulgarische Kuhhirte blicken die meisten Bauern in den Beitrittsländern sehr skeptisch auf das, was mit dem Beitritt ihrer Länder zur EU bei ihnen vor Ort verbunden ist. Fotos: Lorenzen

musste nach anfänglich radikaler Liberalisierung des Außenhandels feststellen, dass sich die Handelsbilanz im Wesentlichen zugunsten der EU verschob. Die EU zahlte unvermindert Exporterstattungen, vor allem für verarbeitete Produkte, wies aber gleichzeitig polnische Produkte unter Hinweis auf geltende Hygiene- und Veterinärbestimmungen an den Grenzen zurück. Polens Bauern erlebten in der Folge drastischen Preisverfall und Absatzprobleme. Schließlich sah sich die polnische Regierung gezwungen, Ein-

Ost-Erweiterung: Zwei mal null reicht nicht

Die Diskussion um den Beitritt mittel- und osteuropäischer Staaten zur EU dreht sich bislang vor allem um den Abbau von Zöllen und um die Frage, ob Bauern dort auch die EU-Direktzahlungen erhalten sollen. Doch die eigentliche Herausforderung liegt woanders: Wie lässt sich die Landwirtschaft in den Ländern verändern, ohne Arbeitslosigkeit zu erhöhen, ländliche Regionen zu entvölkern und massenhafte Migration nach Westen auszulösen?

fuhrzölle zu erheben, beispielsweise auf Fleisch, Zucker und Südfrüchte.

„Durchbruch“ mit Polen ...

EU-Agrarkommissar Fischler nannte den jetzt erzielten Durchbruch einen Gewinn für beide Seiten. Die Kommission rechnet mit einem Handelsvolumen von einer Milliarde Euro in 2001. Vor allem Schweinefleisch, Geflügel, Rindfleisch, Milchprodukte, sowie Obst und Gemüse sollen die Grenzen nun weitgehend ungehindert passieren. Für die so genannten besonders sensiblen Produkte (Schweine-, Geflügelfleisch, Butter, Käse, Mehl, Kleie, Weizen) gilt dies allerdings nur im Rahmen festgelegter Quoten, die sich am traditionellen Handelsumfang orientieren.

„Polen hat für die anderen Beitrittsstaaten Pionierarbeit geleistet. Auch sie sollen in Kürze in den Genuss verbesserten Marktzugangs und gesenkter Exporterstattungen kommen“, so die Kommission. Mitte Oktober hat der EU-Ministerrat eine ähnliche Vereinbarung mit Bulgarien unterzeichnet, weitere Länder sollen schnell folgen.

... aber keine Lösung

Zweifel sind angebracht, ob dies wirklich ein Kompromiss ist, der die Probleme löst. Die polnische Regierung kann zwar zunächst gegenüber wachsendem innenpolitischen Druck den Abbau der Exporterstattungen als Verhandlungserfolg darstellen. Aber es ist noch nicht ausgemacht, wann die Öffnung des EU-Marktes in der Praxis

spürbar wird. Im Hinblick auf Maul- und Klauenseuche und Schweinepest haben die EU-Veterinärbehörden noch immer große Bedenken. Auch im Bereich der Milcherzeugnisse gibt es noch große Hürden. Die EU fordert uneingeschränkte Einhaltung der Hygienestandards, was den Handelsfluss von Ost nach West noch erhebliche Zeit bremsen könnte. Polen dagegen hat bereits jetzt große Zugeständnisse bei den „nicht-sensiblen“ Mittelmeerprodukten wie Olivenöl und Zitrusfrüchten gemacht. Der Abbau von Zöllen in diesem Bereich wird dem polnischen Staat rund 30 Millionen Euro Mindereinnahmen bringen, der EU dagegen nur 2 Millionen.

Ähnlich wie bei den Welthandelsvereinbarungen im Rahmen der WTO verdeckt die Diskussion um Marktzugang und Handelsvereinbarungen zwischen der EU und den Beitrittsstaaten die realen Möglichkeiten, fair miteinander zu konkurrieren. Während die Agro-Industrie Westeuropas über die umfangreichen staatlichen Subventionen hinaus reichlich Erfahrung auf dem Gebiet der Markteroberung hat, kämpfen die meisten Beitrittsstaaten noch mit dem Aufbau minimalster Infrastruktur und Logistik für Verarbeitung und Vermarktung. Hinzu kommen ungelöste Probleme bei der Privatisierung – und in Ländern wie Polen ein hoher Anteil von Kleinbetrieben, die zwar wenig vermarkten, aber einen hohen Beitrag zur

Stabilisierung von Beschäftigung und Versorgung der ländlichen Räume leisten.

Die eigentliche Herausforderung

Es ist erstaunlich, wie die EU der 15 Mitgliedstaaten und die meisten Regierungen der Beitrittsstaaten sich bisher um die eigentliche Herausforderung der Erweiterung im Hinblick auf den ländlichen Raum

herumgedrückt haben. Sie lautet: Wie lässt sich die notwendige Modernisierung der Landwirtschaft mit Strukturmaßnahmen zur Diversifizierung des Einkommens und der entsprechenden Infrastruktur verbinden, um steigende Arbeitslosigkeit, weitreichende Entvölkerung ländlicher Regionen und massenhafte Migration nach Westen zu verhindern? Was immer noch fehlt ist ein Konzept, wie eine gemeinsame Agrarpolitik der 25 aussehen soll, die diesen Namen wirklich verdient.

Mit den Berliner Beschlüssen zur Agenda 2000 hat der Rat der 15 seinen Besitzstand eingemauert. Die Minister legten fest, dass Kompensationszahlungen für die jüngsten Preissenkungen den Beitrittsstaaten nicht zur Verfügung stehen. Begründung: die Landwirtschaft Zentral- und Osteuropas hat insgesamt ein niedrigeres Preisniveau, von daher ist kein Ausgleich nötig. Spätestens nach dem Beitrittsdatum wird das im Binnenmarkt unhaltbar. 15 Staaten zahlen dann ihren Bauern Flächenbeihilfen in Milliardenhöhe, zehn zahlen gar nichts. Trotz des dringenden Anpassungsbedarfs speist die EU die zukünftigen Mitgliedstaaten im sogenannten SAPARD-Programm* mit jährlich 520 Mio Euro für den Ausbau der ländlichen Infrastruktur ab. Den 15 Mitgliedstaaten stehen demgegenüber 25 Mrd Euro für an Flächen und Tiere gebundene Direktzahlungen zur Verfügung.



Dieses vom Land Nordrhein-Westfalen mit finanzierte Kulturzentrum samt Tourismusbörse im bulgarischen Puzameguez ist ein Beispiel für Projekte einer angepassten ländlichen Entwicklung.

Die EU und die 10 Beitrittskandidaten



Übersicht schematisch

EU-Logik nicht übertragbar

Dass die Logik der bisherigen Gemeinsamen Agrarpolitik auf die Beitrittsstaaten nicht übertragbar ist, weil sie die Kassen sprengt, ist unbestritten. Was im Osten Verbitterung auslöst und den nationalistischen Kräften Auftrieb gibt, ist die Perspektive der Ungleichbehandlung selbst nach vollzogenem Beitritt. Polen hätte bei 18,5 Mio. ha Ackerland Anrecht auf 3,9 Mrd. Euro, die 10 Beitrittsstaaten zusammen auf rund 14 Mrd. Euro. Die polnische Regierung schätzt den Bedarf für Infrastruktur- und Bildungsmaßnahmen auf rund 5 Mrd. Euro jährlich, wovon die EU mindestens die Hälfte tragen müsste. 186 Mio. Euro aus dem SAPARD Programm, wie sie die EU jetzt anbietet, werden den Anpassungsbedarf der ländlichen Regionen also bei weitem nicht decken können.

Was spricht eigentlich dagegen, jetzt unmittelbar vor dem Beitritt in vernünftige Programme zur Ausrichtung der Landwirtschaft Polens und der anderen Beitrittsstaaten auf Beschäftigung, Qualitätserzeugung und regionale Vermarktung zu investieren? Das Beitrittsdatum steht nicht fest und wird aller Wahrscheinlichkeit weiter nach hinten geschoben. Ein Verteilen der knappen Fördermittel in die Fläche macht keinen Sinn, weil es den Regierungen keine Steuerungsinstrumente in die Hand gibt und wieder nur große Strukturen stärkt. Auch aus dem Blick-

winkel der Beitrittsstaaten wäre es klüger, jetzt auf die ländliche Entwicklung hin zu einer vielfältigen Struktur zu setzen, als in unbestimmter Zukunft auf Konzessionen der EU in Sachen Direktzahlungen zu hoffen.

Noch versucht die polnische Regierung die große Zahl von Kleinbauern herunterzurechnen, um den Eindruck der Rückständigkeit zu zerstreuen. Ausgleichszahlungen würden aber ohnehin nur ein Viertel der polnischen Bauern bekommen. Was geschieht mit den restlichen 75%? Der französische Präsident Chirac und Außenminister Fischer haben die Vision einer Integration Zentral- und Osteuropas in zwei Geschwindigkeiten in die Diskussion gebracht. Das wird im Hinblick auf ländliche Räume aber nur funktionieren, wenn damit nicht gemeint ist, den Strukturwandel für die begünstigten Regionen zu forcieren und die Benachteiligten abzuhängen.

Entwicklung von unten!

Was von den baltischen Staaten bis nach Bulgarien dringend gebraucht wird, ist eine Förderung der Demokratisierung und der Beteiligung der Bevölkerung an ländlichen Entwicklungsprogrammen. Hilfe bei der Entwicklung und Durchführung von regional angepassten Projekten, Schaffung neuer Formen der Erzeugerorganisationen und der gemeinsamen Vermarktung, Entwicklung des Banken- und Kreditwesens und Dezentralisierung der

Verwaltung. Die vielzitierte Zivilgesellschaft, die 50 Jahre und mehr nicht zum Zuge kam ist nicht durch Kapitaltransfer und ausländische Investitionen und auch nicht durch Handelsliberalisierung zu ersetzen.

Es gibt in allen Beitrittsstaaten viele neue Ansätze zu ländlicher Entwicklung von unten. Mehrere transeuropäische Netzwerke wie ECOVAST und Forum Synergies und die skandinavischen ländlichen Parlamente haben ein Programm mit dem Namen PREPARE (Pre-accession Partnership for Rural Europe) gegründet, das unter anderem von der FAO und einigen Beitrittsstaaten unterstützt wird. (Mehr hierzu in der folgenden Bauernstimme.) Sie kommen nur bisher weder institutionell noch finanziell zum Zuge. Die Kommission hat mit Recht auf viele mafiaähnliche Zustände bei der Geldverteilung aus früheren EU-Förderprogrammen hingewiesen. Aber sie zieht daraus bisher den Schluss, dass die Zivilbevölkerung noch weniger verlässlich und kontrollierbar mit öffentlichen Geldern umgeht.

Zweimal null, die Wiedereröffnung des Handels, ist sicher ein erstes Wegräumen von Blockaden, die vermeidbar gewesen wären, hätte die EU nicht wider alle Vernunft an ihrer Exporterstattungspolitik festgehalten. Was jetzt folgen muss, ist eine deutliche Verschiebung der öffentlichen Fördergelder von Ausgleichszahlungen hin zu mehr ländlicher Strukturpolitik.

Ost- und Westeuropa brauchen mehr praktische Alternativen zur Interventionslogik und zur aggressiven Exportpolitik. Die lassen sich nicht von oben verordnen. Die müssen von unten wachsen. Die EU wiederum sollte nicht den Fehler der Vergangenheit wiederholen und auf das falsche und teure Pferd setzen, das mit viel Kapital zwar schnell aus den Hufen kommt, aber außer viel Staub nicht wirklich etwas in Bewegung setzt.

Hannes Lorenzen, Berater für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung im Europaparlament

*) SAPARD: Sonderaktion zur Förderung der Landwirtschaft und der Entwicklung des ländlichen Raums

■ Briten und Chinesen in Rußland

Rußland will eventuell bis zu 400.000 Hektar nicht mehr bewirtschafteter Agrarfläche im Verwaltungsgebiet Pensa (südöstlich von Moskau) für 49 Jahre an britische Farmer verpachten. Laut Bauernzeitung werden dort bereits 600.000 ha von chinesischen Landwirten bewirtschaftet. Jetzt hätten sich auch erste schottische Farmer niedergelassen, Interessenten gebe es bereits für weitere 100.000 ha. Die Regierung will den neuen Investoren Steuervorteile gewähren. en



Hier ist wieder der Kuhhirte im Gespräch mit Gästen aus dem Westen, darunter auch der Abl-Vorsitzende Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf (r.).

Velcourt: Regie über 35.000 Hektar

66 Betriebe mit insgesamt 35.000 ha Land in Großbritannien werden derzeit im Auftrag der bisherigen Eigentümer komplett unter der einheitlichen Regie der privatwirtschaftlichen Velcourt-Gruppe bewirtschaftet (60 % der Betriebe sind größer 500 ha). Darüber hinaus ist Velcourt auch in Afrika (Sambia), Spanien und Frankreich aktiv. Nach der Wende hatte Velcourt die Bewirtschaftung von LPGen in den Neuen Bundesländern übernommen; derzeit werden 2 Pachtbetriebe in Mecklenburg-Vorpommern (je 350 Kühe) betrieben. Velcourt wirbt mit günstigen Preisen bei Großkäufen von Betriebsmitteln bzw. Verkäufen von Agrarprodukten, außerdem mit der Konstendegression bei der Bewirtschaftung großer Betriebseinheiten. Allerdings, so ein Velcourt-Vertreter im „Ernährungsdienst“, bleiben die sinkenden Getreiderlöse derzeit unter den Produktionskosten. en

Agrartechnik für Süden zu teuer

„Unsere Agrartechniken sind kein Exportschlager“, zitiert die Süddeutsche Zeitung Prof. Klaus Töpfer, ehemaliger deutscher Bundesumweltminister (CDU) und heute Exekutivdirektor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP). Töpfer warnte vor einer weiteren Verbreitung landwirtschaftlicher Verfahren, die immer mehr Kapitaleinsatz erforderten und immer weniger Menschen Arbeitsplatz und auskömmliches Leben in den Dörfern der Dritten Welt böten. ■

Felder in Ungarn zu verpachten.
Tel. 00384 [redacted] abends

UNGARN
KFT, ca. 482 ha + 1500 ha Pachtland.
Weitere Kauf- und Pachtangebote.
Wir vermitteln auch erstklassige Farmen in AUSTRALIEN, BRASILIEN, COSTA RICA, KANADA, NEUSEELAND, PARAGUAY, COLOMBIEN, URUGUAY, USA, UNGARN etc.
[redacted] Immobilien
Tel. [redacted]

Ungarn: Verpachte 600 ha besten Boden mit Getreidelager, Nähe österreichischer Grenze, Preis 160,- DM/ha. Zuschriften unter Nr. [redacted] top [redacted].

Ungarn
Ackerbau- u. Milchviehbetriebe in Ungarn, alte KFT's von 70 ha bis über 1000 ha, von 3000,- DM bis 5000,- DM/ha, überwiegend grenznah, z. B. 402 ha à 4600,-, 1,85 Mio. DM
Kontaktaufnahme
Immobilien [redacted]
Tel. 0 [redacted]

Westungarn, Farm mit 1100 ha z. verk., 500 ha zu verpachten.
Immobilien [redacted]
Tel./Fax [redacted]

„Landnahme“ in Ungarn

Vor allem Deutsche umgehen Verbot und sichern sich Flächen

Ähnlich wie in Polen nimmt auch in Ungarn der Kauf von landwirtschaftlichen Flächen durch ausländische Investoren zu. Wie das ZDF-Magazin „Kennzeichen D“ berichtete, sind bereits jetzt 300.000 ha zu billigen Preisen (etwa ein Zehntel der deutschen Preise) von Ausländern, vor allem Deutschen, aufgekauft worden. Dabei ist auch in Ungarn der Landverkauf an Ausländer verboten. Wie ein Rechtsanwalt mitteilte, wird dies umgangen mit Verträgen, die die Verpflichtung der heimischen Landwirte zu einer Pachtverlängerung bzw. zu einem Vorkaufsrecht nach dem EU-Beitritt Un-

garns beinhalten – allerdings zu heutigen Preisen.

Umso bedrohlicher finden ungarische Landwirte das Drängen der EU auf Liberalisierung des Bodenmarktes. Denn viele Ausländer, die z.T. über mehrere tausend Hektar Land verfügen, lassen Flächen brachliegen und spekulieren auf höhere Agrarpreise und Subventionen nach dem EU-Beitritt.

Ein Vertreter des ungarischen Bauernverbands forderte Schutz vor dieser „Landnahme“: „Wir Bauern wollen nicht zu Lohnarbeitern auf riesigen Landgütern ausländischer Kapitalgruppen werden“. en

Ungarn

Alte KFT's mit Ackerbau u. Milchviehbetrieben, alle Größen, 3000,- bis 5000,- DM/ha, auch interessante Beteiligungen an Milchviehbetrieben mögl.
Immobilien [redacted]
[redacted]

Ungarn

Deutscher LW-Meister, 10 Jahre in Ungarn lebend, sprach- und behördenkundig, im Grundbuch eingetragen, bietet an: Milchviehbetrieb, Schweinemastbetrieb, Mutterkuhbetrieb, Ackerbaubetrieb m. Lager und Trocknung, Behelflich bei staatlich. Fördermitteln u. ä.
[redacted] Pécz
Fax [redacted]

Konferenz der weltweiten Bauernbewegung

Die internationale Konferenz von La Via Campesina hat die Rolle der Frauen gestärkt

Über 100 Delegierte aus 40 Ländern trafen sich vom 27. September bis 6. Oktober in der indischen Stadt Bangalore zur 1. Frauenversammlung und zur 3. internationalen Konferenz dieser einzigartigen internationalen Bauernbewegung „La Via Campesina“. Die Besonderheit und Stärke von Via Campesina besteht darin, eine Einheit aus Organisationen mit sehr unterschiedlichem kulturellen Hintergrund zu schaffen. Als die südamerikanischen Organisationen von auf Demonstrationen getöteten Bauern berichteten und die indischen von 25.000 Verhaftungen wegen friedlicher Proteste, wurde deutlich, dass der Hintergrund europäischer Organisationen politisch relativ gemäßigt ist. Die internationale Konferenz als höchstes Gremium trifft sich alle drei Jahre und muss dann innerhalb weniger Tage den Konsens aller Mitgliedsorganisationen ermitteln, um die zukünftigen gemeinsamen Positionen, Handlungsleitlinien und Aktionen festzulegen. Dies ist eine große Herausforderung.

Frauenversammlung

Ungefähr die Hälfte der Delegierten in

Bangalore war weiblich, und es wurde beschlossen, auch weiterhin die Position der Frauen innerhalb von Via Campesina zu stärken. Auf den Vorschlag der Frauenversammlung hin wurde in dem internationalen Koordinationskomitee die Parität eingeführt. Von jetzt an besteht dieses Gremium aus je einer Frau und einem Mann aus den verschiedenen Regionen. Die Frauenversammlung soll jeder weiteren internationalen Konferenz vorausgehen.

Strategien

Da zunehmend mehr Anfragen nach Stellungnahmen, Dialogen, Verhandlungen und Zusammenarbeit von Organisationen wie Weltbank, UNO und zahlreichen NGOs (Nichtregierungsorganisationen) im Büro von Via Campesina eingehen, gab es auf der Konferenz ausführliche Diskussionen zu Strategien und Allianzen. Via Campesina verpflichtete sich, immer die effektivste der gewaltfreien Strategien zu wählen. Dies kann von der Verweigerung über die Teilnahme an Verhandlungen bis hin zur Kooperation reichen. Allgemein werden Verhandlungen allerdings oft nur dann als sinnvoll betrachtet, wenn gleichzeitig Druck durch Aktionen ausgeübt

wird. Verhandlungen mit Organisationen wie der Weltbank kommen für Via Campesina nicht in Frage.

Positionen

Die Bestätigung, Erläuterung und Vertiefung von Positionen sowie das Aufstellen eines Aktionsplanes bekam in Bangalore besondere Bedeutung. Eines der wichtigen Themen war Ernährungssouveränität, die als ein alternatives Entwicklungsmodell dem Neoliberalismus und Freihandel gegenübersteht. Ernährungssouveränität leitet sich aus dem Recht ab, eigene Lebensmittel zu produzieren. Via Campesina wurde inzwischen von der FAO eingeladen, um dieses Modell vorzustellen. Um der „entwicklungspolitisch“ motivierten Privatisierung von Land und der weiteren Vertreibung von Bäuerinnen und Bauern aktiv entgegenzuwirken, wurden Absprachen über das weitere Vorgehen im Bereich gerechter Agrarreformen getroffen. Außerdem wurde intensiv zu den Themen alternative Landwirtschaft, Menschenrechte, Biodiversität und biologische Ressourcen gearbeitet. Dies führte zu einer tiefen Auseinandersetzung über die Frage der Migration

Biogas zum „Energiewirt“?

Leserbrief zum Biogas-Schwerpunkt in der Bauernstimme Juli/Aug. 2000

Was hörten Bauern nicht schon für Vorschläge und Empfehlungen, die unser Wohlergehen fördern sollten! Einige Beispiele:

Der Pappelanbau als Flurholzanbau wurde angepriesen als Sparkasse für den Betrieb, für Erbsabfindungen, für die Aussteuer etc. Es war ein Flop!

Der Agrar-Alkohol in Form von Ethanol, hergestellt aus Rüben (C-Quote), wie z.B. im niedersächsischen Ahausen-Eversen – ebenfalls ein Flop!

Der Anbau von Raps für die Herstellung von Biodiesel bzw. Rapsmethylester hat den Herstellern Gewinne bereitet, nicht aber den Bauern.

Und nun wird das Biogas wiederentdeckt – seit Ende der 30er Jahre (Erzeugungsschlachten, Autarkiebestrebungen) baute die Firma Schmidt, Verden/Aller, Biogasanlagen.

Zum Bericht über die neuzeitliche Anlage auf dem NEULAND-Hof von Horst Seide in der Bauernstimme 7-8/00 möchte ich folgende Anmerkungen machen:

Der Anlage auf dem güllelosen Betrieb werden pro Tag 10 Kubikmeter Gülle von Nachbarbetrieben zugeführt. Das macht 3650 Kubikmeter im Jahr und ist nichts anderes als Gülletourismus! „Auf NEULAND-Betrieben gibt es keine Gülle“ – damit wurde einmal geworben.

Ebenfalls zugeführt werden 5 Kubikmeter Fruchtwasser pro Tag aus einer Stärkefabrik, macht 1825 Kubikmeter im Jahr.

Abfalltourismus!

Die beiden Zündstrahlmotoren der Anlage benötigen pro Tag 90 Liter Dieseldieselkraftstoff. Das sind 32.850 Liter Diesel im Jahr! Ein Golf Diesel würde damit 547.500 km fahren können, oder bei einer jährlichen Durchschnitts-Fahrleistung von 15.000 km könnten 37 Golf-Diesel damit 1 Jahr lang laufen. Hier taucht die ökologische Frage nach der Vorzüglichkeit des aus Biogas erzeugten Stromes auf.

Der Einsatz von täglich 160 Zentnern Trester, der per LKW zwei Mal wöchentlich aus dem Rheinland über rund 400 km herangekarrt wird, hält sicher einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) nicht Stand, befürchte ich. 104 Fahrten á 800 km macht 83.200 LKW-Kilometer; bei einem Dieserverbrauch von 30 l/100 km verschlingt der Trestertransport 24.960 Liter Diesel im Jahr.

Ohne den Kraftstoffverbrauch für den Gülle- und Fruchtwassertransport werden für den Betrieb der Anlage im Wendland allein für Zündstrahlmotoren sowie für den Trestertransport im Jahr 57.810 Liter Diesel verbraucht. Werden nicht in der BRD ca. 700 Biogasanlagen betrieben?

Den hier erzeugten Strom als „Ökostrom“ zu bezeichnen, halte ich für sehr gewagt, ebenso den Vergleich zwischen Biogas und der Energiegewinnung früherer Zeiten mittels Hafer für die Pferde. Der Zusammenhang „Hafer – Pferde – Energie“ fügte sich nahtlos in den betrieblichen und ökologischen Kreislauf ein.

Willi Dohemann, 27330 Brüne



Eine Biogasanlage muss mit organischen Substanz befüllt werden, um Gas zu erzeugen, das in Motoren verbrannt wird, um so Strom zu erzeugen. Mit Hilfe des Mischwagens (links im Bild) werden hier Trester und Mist in den Grubenschacht (Bildmitte) gefüllt und so der flüssigen Gülle zugeführt. Foto: Jasper

Fortsetzung von Seite 18

und dem Beschluss, weiterhin gegen die ungerechten, nicht nachhaltigen Handels- und Produktionsmodelle zu kämpfen. Ebenso wird auch zukünftig gegen die Patentierung und somit den privaten Besitz und die Kontrolle von Leben aktiv vorgegangen.

Erfolg der Konferenz

Trotz der unterschiedlichen Hintergrün-

de der zahlreichen TeilnehmerInnen bestanden am Ende der Konferenz keine Zweifel, dass es gelungen ist, in der kurzen Zeit gemeinsame Positionen, Handlungsleitlinien und Aktionen zu erarbeiten. „Wir sitzen alle im selben Boot und haben das gleiche Ziel vor Augen“, war die Botschaft.

Andi Pühringer

Das Büro von la Via Campesina bleibt in Honduras und die nächste internationale Konferenz findet 2003 in Brasilien statt.

Eins ist mir gewiss ...

Das mein Arbeitsplatz in der Landwirtschaft liegen wird, ist mir klar, solange ich denken kann. Nur die Vorstellungen, wie ich – als landlose Frau – zu einem Hof kommen soll, die wechselten in den letzten 15 Jahren stark.

Sah ich anfangs die einzige Möglichkeit in der Einheirat in einen passenden Betrieb – vielversprechende Jungbauern wurden mir von hilfsbereiten Bauersfamilien zur Genüge vorgeschlagen –, so merkte ich doch bald, dass weder ein traditioneller Familienbetrieb noch eine traditionelle Ehe das richtige für mich sind.

In der folgenden Phase begann ich also, mein fehlendes Finanzkapital mit angereichertem Wissens-Kapital auszugleichen. Damit ausgerüstet suchte ich nach einer Hofgemeinschaft zum Einsteigen oder nach einer Gruppe, mit der ich eine Hofgemeinschaft gründen könnte.

Aber wie das eben ist, wenn eigentlich alles möglich ist: Das Wunschprojekt gibt es nicht, Geld ist knapp und an konkreten Betrieben wird klar, wie weit die einzelnen Vorstellungen voneinander abweichen. Plötzlich kommen Freundschaften, die eigentlich ein Leben lang halten sollten, ins Schwanken und alle

mühsam erarbeiteten Ziele werden über den Haufen geworfen. An so einem Punkt, wenn ein konkretes Vorhaben gescheitert ist, muss immer wieder der Berufswunsch gerechtfertigt werden, vor Eltern („Du mit Deiner Ausbildung ...“), anderen Landwir-



... aus Brandenburg

innen („wenn ich nochmal vor der Entscheidung stehen würde, ich würde einen anderen Beruf wählen“) und schließlich vor mir selbst (viel Arbeit, wenig Geld, kaputtter Rücken – ist es das wirklich, was ich will?).

Solche Zweifelsphasen sind bei mir jedoch nie von langer Dauer. Spätestens wenn ich von einer neuen Arbeitsmöglichkeit höre, bin ich wieder Feuer und Flamme. Ich habe noch keine anderen Beruf kennengelernt, der mich nur annähernd so interessiert wie die Landwirtschaft in ihrer ganzen Vielseitigkeit. Auch dieses Mal musste ich nicht lange warten. Von einem Frauenkollektiv kam die Anfrage, ob ich nicht den dortigen Ackerbau übernehmen wolle und „nebenher“ beim Aufbau einer Hofkäserei helfen könne. Mein Traum-Arbeitsbereich, ein funktionierendes landwirtschaftliches Kollektiv und ein reiner Frauenbetrieb! Gerade letzteres ist in der Landwirtschaft eher selten zu finden und als „Landlesbe“ fehlen mir doch manchmal die Frauenzusammenhänge, die in der Stadt ganz selbstverständlich sind.

Ich bin also gespannt, wie mir das Leben und Arbeiten hier gefallen wird, ob ich endlich mal einen Platz gefunden habe, wo ich alt und grau werden möchte. Oder beginnt in einem Jahr erneut die Odyssee über Betriebshilfe, Erntehilfe, Alp-Anstellungen? Da bin ich schon froh, dass ich im Gegensatz zu vielem anderen wenigstens weiss, dass mein Arbeitsplatz in der Landwirtschaft liegt.

Eine Bäuerin (31 Jahre) erzählt ...

LESE-BUCH

TIP

Direktvermarktung

In aktueller Fassung ist von Bernd Wirthgen und Oswald Maurer ein Handbuch zur landwirtschaftlichen Direktvermarktung als Neuauflage erschienen. Sowohl für Neueinsteiger als auch bei geplanten Erweiterungen in der Direktvermarktung werden hilfreiche Hinweise gegeben. Für einzelne Lebensmittel samt ihrer Weiterverarbeitung werden die Marktaussichten, notwendige Investitionen und der rechtliche Rahmen beschrieben. Fragen zu Gewerbe, ein knapper Überblick über Fördermöglichkeiten sowie eine Checkliste für Direktvermarkter, ihre Höfe und das Umfeld werden behandelt. Die Ausgabe für das Buch ist gut angelegt.

Bernd Wirthgen, Oswald Maurer, *Direktvermarktung*, 236 S., Ulmer Verlag, 2000, 49,80 DM, zu beziehen über den ABL-Verlag.

**Ökologische Schweinehaltung**

In dem Buch beschäftigt sich Christel Simantke, Mitgründerin der Beratung für artgerecht Tierhaltung (BAT), mit dem Stallbau für ökologische Schweinehaltung. Anliegen des Buches ist, über die Bedürfnisse der Schweine und die Anforderungen der EU-Bio-Tierverordnung zu informieren. Das Buch ist in die Kapitel EU-Tierverordnung, Funktionsbereiche und Stallklima, Stallkonzepte und Haltungsverfahren, Stallbau, Management und Betrieb untergliedert.

Es werden viele verschiedene Stallsysteme vorgestellt und beschrieben: Zuchtsauen mit und ohne Ferkel, Läufer, Eber und Mastschweine. Dabei werden sowohl Verfahren für die Stallhaltung als auch für die Außenhaltung besprochen.

Das Buch ist nicht immer einfach zu lesen, weil passagenweise Informationen ohne Einordnung präsentiert werden. Da geht es um verschiedene Stallsysteme, die alle irgendwie funktionieren. Für den Leser erschließt sich aber nicht, was denn nun die wesentlichen Unterschiede sind und welches Verfahren sich z.B. bei welchen Größenordnungen eignet. So fehlen für die Haltung in großen Beständen mit über 1000 Mastschweinen Hinweise. Das ist bedauerlich vor dem Hintergrund, dass hier in der nächsten Zeit große Veränderungen zu erwarten sind und geeignete Konzepte rar sind!



Im Kapitel Bauausführung sind viele wertvolle Informationen, die sich aber nur dem erschließen, der mit der Materie vertraut ist. Leider fehlen im Buch Angaben über Preise und Kostenkalkulationen, so dass keine Kostenvergleiche nach Systemen möglich sind.

Ausführungen zu Fragen der Fütterung und Zucht/Rassen fehlen. Gerade diese Aspekte sind aber entscheidend für eine Schweinehaltung, die den Erfordernissen des Marktes entspricht. Die Stärken des Buches liegen im ethologischen Bereich.

Für alle Tiergruppen werden die speziellen Anforderungen an das Haltungssystem kurz und prägnant erläutert. Deutlich umfangreicher sind die Beschreibungen zu den Haltungs- u. Stallsystemen sowie der Stall-einrichtung.

Das Buch ist ein wichtiges Nachschlagewerk, in dem man viel Aspekte verschiedener Details nachschlagen kann, Rezepte wird man nicht finden. Es eignet sich für Studenten, Berater und Landwirte, die ihre Schweinehaltung verändern wollen.

Phillip Wenz

Christel Simantke: *Ökologische Schweinehaltung*, Bioland Verlags GmbH, 2000, 128 S., 36,-DM, zu beziehen über den ABL-Verlag.

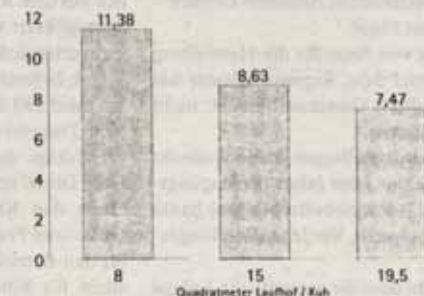
Lust auf Laufhöfe

Neues Buch gibt Praxistips für Landwirte und Berater zum Laufhofbau

Die Autoren beschäftigen sich auf 126 Seiten mit dem Themenkomplex Laufhöfe und Laufställe. Gegliedert in acht Kapitel: Laufhof und Tiergerechtigkeit, Rechtliche Rahmenbedingungen, Boden im Auslauf, Einzäunung, Entmisten von Laufflächen, Möblierung, Laufhof als Stallbauelement greifen sie ein Thema auf, dass für viele Betriebe durch die EU-Bio-Tierverordnung entscheidend geworden ist, um weiterhin als Biobetriebe anerkannt zu werden. Dabei merkt man dem Buch den engen Bezug zur Praxis an, den beide als Bioberater in Bayern haben. Den Autoren gelingt es, eine große Themenfülle leicht lesbar zu präsentieren, die das Buch für Landwirte und Berater interessant und hilfreich macht.

Mehr als Laufhof

Wenn es etwas zu kritisieren gibt, dann, dass der Titel dem Buch nicht gerecht wird. Das Buch enthält Anregungen, die weit über die bloße Einrichtung eines Laufhofes hinausgehen. Das ganze Kapitel über die Möblierung hilft jedem, der eine Stall plant. Welche Tränke ist für welche Tierart geeignet und wie mache



Anzahl der Aufenthalte je Kuh im Auslauf in Abhängigkeit von der Laufhofgröße

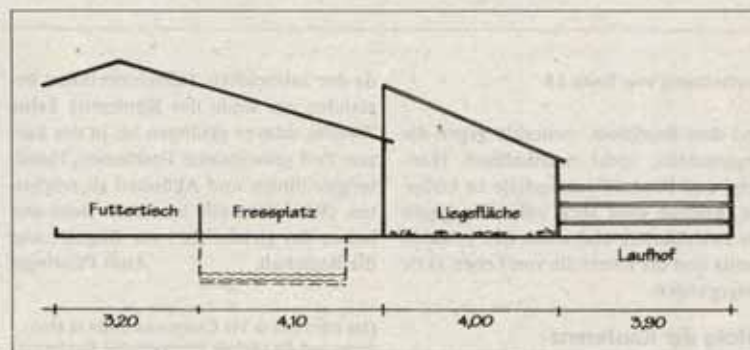
Verhalten im Hof

Einführend werden die positiven Wirkungen des Laufhofes für die Tiergesundheit und das Verhalten der Tiere im Laufhof dargestellt. Sie gehen der Frage der Stickstoff-Emissionen im Laufhof nach und weisen auf die Bedeutung hin, die das Thema in der Umweltdiskussion künftig haben wird. Sehr lebendig sind auch die Beschreibungen, wie unterschiedlich die Tiere beim Betreiben eines Laufhofes reagieren können und womit das Verhalten zusammenhängt. Dem Thema Boden im Laufhof ist ein eigenes Kapitel gewidmet, in dem verschiedene Beläge behandelt werden mit Anleitung zur Herstellung in Eigenleistung. Technische Angaben werden erläutert und um Preise ergänzt. Insgesamt sehr positiv ist, dass jeweils Preisspannen genannt werden, sei es für Beton, Tränken oder anderes. Passagen, die viele verstreute Hinweise enthalten, werden übersichtlich in Tabellen zusammengefasst.

ich sie frostsicher? Es werden Erfahrungen berichtet, die mit den verschiedenen Systemen, den Laufhof zu reinigen, auf den Betrieben gemacht wurden. Bis ins Detail werden wichtige Maße und Zahlen (wie hoch soll der Nackenriegel, wie breit und tief muss die Liegebox sein bei welcher Tiergröße, wieviel Tränken brauche ich für meine Tiere?) mitgeliefert. Sehr viel Raum widmen die Autoren Konzepten, wie der Laufhof in die Stallhaltung integriert werden kann. Viele Fotos und Bauzeichnungen vermitteln ein lebendiges Bild und zeigen auf, welche Chancen und Möglichkeiten Laufhöfe bieten. Das Buch macht Lust auf Laufhöfe!

Phillip Wenz

M. Lotter und D. Sixt: *Laufhöfe in der Rinderhaltung - Planungskonzepte und Baulösungen*, Bioland Verlags GmbH, 2000, 126 S., 36,-DM, zu beziehen über den ABL-Verlag.



2 Beispiel für Jungviehstall mit Auslauf als Erweiterung des alten Stalls

Pflanzenöl als Schmierstoff der Regionalentwicklung

Am Beispiel von regionaler Energie aus Pflanzenöl wird in den aktuellen Arbeitsergebnissen Nr. 49 das Thema Regionalentwicklung aufgegriffen. Auf dem Energiesektor gibt es wieder mehr Ansätze Erzeugung und Verbrauch in der Region zu fördern. Und auch hier bleibt der Widerspruch zwischen dem gewünschten engem Bezug zur Region und der Abhängigkeit von größeren Märkten. Dieter Voegelin umschreibt im Editorial die Möglichkeiten der Regionalen Energieerzeugung: „Da rudern Erfinder, Tüftler, umweltbewusste Menschen, dezentrale Kreisläufe fördernde Frauen und Männer kraftvoll gegen den mainstream, den gewaltigen Trend der Global Player in der Mineralöl-, Chemie- und Energieindustrie; stellen die gesamte auf fossilen Ressourcen beruhende Wirtschaftsgefüge infrage und versuchen, eine regionale 'solare Energiewende' durchzusetzen.“

Mit drei Beiträgen, die einen theoretischen Rahmen für die folgenden Praxisberichte abgeben sollen, wird das Heft eingeleitet: U. Hahne resümiert grundsätzlich die Voraussetzungen und Probleme einer regionalen Wirtschaftspolitik. H. J. Müller erörtert – aus ingenieurwissenschaftlicher Sicht – die Bedingungen und Konsequenzen einer erforderlichen dezentralen Energieversorgung für gesellschaftliche Umorientierung, Planung und Ausbildung. D. Voegelin ordnet den prak-

tischen Schwerpunkt „Pflanzenöl“ in die Ansätze einer Wende zu einer „solaren Energiewirtschaft“ ein und arbeitet den notwendigen Beitrag der Landwirtschaft in dieser Entwicklung heraus.

In dem Heft werden am Beispiel der Nutzung von Pflanzenöl als Motorentreibstoff verschiedene regionale Aktivitäten vorgestellt: Ein Landwirt aus der südlichen Steiermark (K. Totter) wird vorgestellt, der mit hunderten Nachbarn Rapsöl für den Kfz-Einsatz verestert und eine Kleinstadt mit Nahwärme versorgt. Ein Lehrer aus der Oberpfalz (E. Brühshwein), der mit seinen Schülern Solaranlagen und eine Öl-Versorgung baut und deshalb heftige Schwierigkeiten bekommt, berichtet. Der Betreiber einer Auto-Waschstrasse in Chemnitz (H.-D. Pilz), der ein Umrüstprogramm für Diesel-Pkw initiiert und eine richtige Öltankstelle eingerichtet hat, erläutert die Ergebnisse. Ein Förster aus der Rhön (J. Klose), der mit anderen eine regionale Pflanzenöl-Pressen als Kern einer regionalen Versorgung mit Pflanzenölen und damit eine „Modellregion“ vorantreiben will, schildert den Stand der Dinge. Landwirt G. Hannig aus Alheim (Nord-Hessen) begründet die Maßnahmen zur Energieversorgung seines Hofes.

AG Ländliche Entwicklung: Arbeitsergebnisse Heft 49/2000. Nachhaltige Regionalentwicklung – Regionale Energie aus Pflanzenöl. 12,- DM, Zu beziehen über den ABL-Verlag.



LESE-BUCH

TIP

Hof Thomsteeg

Erzählung von Gerhard Schepper

Die „Elbe-Jetzel-Zeitung“ schreibt:

„Packend und mitreißend erzählt Schepper das Schicksal der Bauernfamilie Thomsteeg in der Wesermarsch, die ihren Hof in nur drei Generationen von einer Fischerhütte am Wasser zum besten Betrieb des Dorfes hinterm Deich aufbaut.“

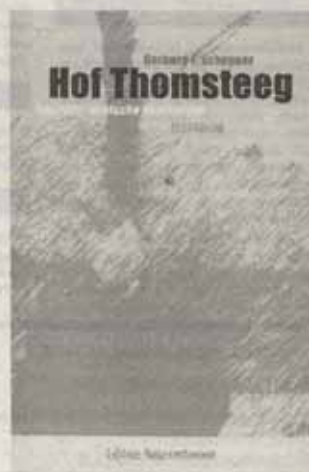
Da gibt es den Altbauern, der in zwei Kriegen die graue Leutnantsuniform getragen hat und sich weigert, mit den geschneiderten Brauhemden der Umgebung gemeinsame Sache zu machen; der sich laut und deutlich gegen die Führerschaft der NSDAP in den landwirtschaftlichen Organisationen ausspricht und der als einziger im Dorf die enteigneten und neu verteilten Flächen eines jüdischen Gutsbesitzers nicht annimmt. Der Hof brennt ab, womöglich Brandstiftung...“

Bei den bisher durchgeführten Lesungen mit dem Autor Gerhard Schepper haben die Buchkapitel über diese Zeit jedesmal Erinnerungen wachgerufen und Diskussion ausgelöst. Die Erlebnisse „von damals“ scheinen noch lange nicht verarbeitet und vergessen zu sein.

Doch die Erzählung geht weiter. Der Hof wird wieder aufgebaut und wächst – auf Anraten der Berater. Eine Zeitlang stehen 48 Kühe im Stall. Die Arbeit wächst der Familie über den Kopf. Bald stirbt die Bäuerin. Der Bauer ist alleine und schafft – wieder den Empfehlungen der Berater folgend – die Kühe ab. Dann kommt die Milchquotenregelung und es beginnt ein langer, zermürbender Kampf vor den Gerichten unseres Rechtsstaates. Am Ende verliert der Bauer alles und stirbt in einer Sozialwohnung in der Stadt...

„Hof Thomsteeg“ erzählt die Geschichte eines Bauern und schafft es dabei, die Mechanismen und die konkreten Auswirkungen der europäischen Agrarpolitik und einer stur auf Wachstum ausgerichteten Beratung nahezu bringen – dem Insider wie dem Unbeleckten.

Hof Thomsteeg 192 S., 28,00 DM, ISBN 3-930 413-17-5, Nov. 1999. ABL Bauernblatt Verlag.



Agrarforschung als Mythenbildung

Über die Mythen der Agrarwissenschaft

Die Wahrheit liegt eigentlich nahe: Ein Huhn gehört nicht in den Käfig, die Kuh ist ein lebendiges Wesen und kein Hochleistungsroboter, ihr Rülpsen ist nicht vergleichbar mit dem Abgas eines Autos. Wer von der Wissenschaft Beweise für diese naheliegenden Wahrheiten fordert, wird schnell enttäuscht. Auch die Agrarwissenschaftler unterliegen dem Zeitgeist, und der diktiert Rationalität und Effizienzsteigerung als die Gebote unserer Leistungsgesellschaft.

Bernd Keller spürt diesen Zeitgeist in der Agrarforschung auf und fördert daneben alten Wissen über die „alten“ Wahrheiten zu Tage, die aus dem Erfahrungsschatz von Bäuerinnen und Bauern rühren und von Wissenschaftlern aufgearbeitet wurden. Das alles ist – dem Autor sei gedankt – dabei noch ausgesprochen unterhaltsam gelungen.

Bernd Keller: Landwirtschaft, Umwelt und die Mythen der Wissenschaft, Juni 1998, 90 S., 18,00 DM, ISBN 3-930 413-07-8. Zu beziehen über den ABL-Verlag.



Bestellcoupon für Schmierstoffe der Region

Ich bestelle:

... Expl. Der kritische Agrarbericht 2000 für 38 DM _____ DM

... Expl. der folgenden Ausgaben des kritischen Agrarbericht '93 bis '99 zum Sonderpreis im Paket: _____ DM

(2 Ausgaben 60 DM; 3 Ausgaben 80 DM; 4 Ausgaben 100 DM; 5 Ausgaben 110 DM;

6 Ausgaben 120 DM; 7 Ausgaben 130 DM; 8 Ausgaben 140 DM)

... Expl. Leitfaden zur Regionalentwicklung, 32,80 DM _____ DM

... Expl. Landwirtschaft, Umwelt und die Mythen der Wissenschaft, 18 DM _____ DM

außerdem:

_____ DM

_____ DM

Zahlung nach Erhalt der Rechnung mit beiliegendem Scheck Porto 5,- DM

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos Summe _____ DM

Konto-Nr. _____ BLZ _____ Bank _____

Name _____ Adresse _____

Datum _____ Unterschrift _____

Bestellung an: ABL Bauernblatt Verlag-GmbH, Marienfelderstr. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück

Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?

Private Kleinanzeigen DM 15,-; Gewerbliche Kleinanzeigen DM 25,-; Chiffregebühr DM 5,-. Alle Preise inkl. MWST. Anzeigenannahme bis zum 10. des Vormonats. Anzeigen bis DM 25,- nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von DM 5,- für die Rechnungsstellung erhoben.
Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreislise.

(Klein) ANZEIGEN**Hof und Arbeit**

- **Hofübernahme**, teilweise auf Rentenbasis, schön gel. Einzelhof im Berggebiet (1.000 m) des mittl. Schwarzwaldes, Raum Triberg, 9 ha Weidewirtschaft, ökol. im Naturschutzgebiet. Milch muss selbst verarbeitet werden, evtl. Zukauf mögl. für Käseerei mit Selbstvermarktung geeignet. Ferienwohnungen im renovierten Haus, eig. Stromversorgung. Anfragen unter Chiffre 10/00-1
- **Frauenkollektiv**, 37 ha mit 7 ha Gemüse, 60 km östl. von Berlin, sucht Frau zum 1.1.01 oder früher, die langfristig die Abo-Vermarktung organisiert.

Wichtig: Engagement, Organisationstalent, Belastbarkeit, Lust auf Kontakt und zum Landleben. Bäuerinnen GbR, Steinhöfeler Str. 15, 15518 Buchholz.

Tiermarkt

- **Verkaufe laufend beste Arbeitspferde** in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sippingen, ☎ 07551/63609

Querbeet

- **Verkaufen gebr. Kühlhausisolierung**, 4 m lang, 150 mm bzw. 85 mm stark. Preis vhb. ☎ 0170-2056828, 0170-1840886

ERNTEN SIE NUR EINMAL IM JAHR ?

proVENTO

ERNTEN SIE DAS GANZE JAHR !!!

WIR HELFEN IHNEN DABEI OHNE FINANZIELLES RISIKO.
OHNE MEHRARBEIT.
MIT GARANTIERTEM ERFOLG.

WIR BIETEN IHNEN FÜR GEEIGNETE FLÄCHEN
ZUR ERRICHTUNG VON WINDENERGIEANLAGEN:

- LANGFRISTIGE PACTVERHÄLTNISSE (CA. 25 JAHRE), WOBEI DAS LAND WIE BISHER FAST OHNE EINSCHRÄNKUNG GENUTZT WERDEN KANN, ODER
- KAUF DER FLÄCHE MIT PACTMÖGLICHKEIT FÜR SIE.

WIR INFORMIEREN SIE GERNE.

IHRE
PROVENTO-GRUPPE

KOBLENZER STR. 13
56759 KAISERESCH
TEL.: 02653 / 590 850
FAX: 02653 / 590 850

Bauernstimme

Ausgabe 4/2000 Juli - August

LEBENDIGE ERDE

Biologisch-dynamische Landwirtschaft, Ernährung, Kultur

Bodenfruchtbarkeit

- **Boden und Pflanzen aktivieren**
- **Was den Boden nachhaltig belebt**
- **Von Mutter Erde auf Muttis Tisch**
- **Läuse, Schnecken, Fliegen und Ernte**

Die Zeitschrift für biologisch-dynamische Landwirtschaft, Ernährung und Kultur

- erscheint sechs mal im Jahr
- Abonnement: DM 59,- (Studenten DM 40,- /Jahr)
- kostenloses Probeheft beim Forschungsring für Biologisch-Dynamische Wirtschaftsweise e.V. Brandschneise 2, D-64295 Darmstadt, Fon (0 61 55) 84 12 - 3, Fax (0 61 55) 84 69 - 11, www.LebendigeErde.de

Veranstaltungskalender**10. Bäuerinnentag**

5. Nov. 2000

Ist für die Mitarbeit auf einem landwirtschaftlichen Betrieb heute idealismus notwendig? Oder ist Wirtschaftlichkeit das einzige Kriterium? Der Bäuerinnentag greift diese Fragen auf, erweitert sie und sucht nach Perspektiven von (jungen) Bäuerinnen.

Referat Ländlicher Raum der EK-W, 33617 Bielefeld, ☎ 0521-140342, Fax: -150621

Schwarz auf weiß

18. - 19. Nov. 2000, Ludwigsburg

Seminar zu den Arbeitstechniken für den erfolgreichen Umgang mit regionalen Printmedien (Zeitungen). Das Abl-Seminar wird von QLF und EU gefördert. Info: Kasseler Institut für ländliche Entwicklung e.V., ☎ 0561-9892357

Erfolge „zünden“!

2. - 3. Dez. 2000, Kassel

Werte bewahrend die eigenen Projekte und Ideen „verkaufen“ – durch eine ziel-führende Kommunikation und authentische Präsentation. Der Seminar vermittelt Zusammenhänge, wie Rollenklarheit, Motivationskraft, Selbstbewusstheit und Umfeldorientierung zur angemessenen Kommunikation führen. Das Abl-Seminar wird von QLF und EU gefördert. Info: Kasseler Institut für ländliche Entwicklung e.V., ☎ 0561-9892357

Erzeugergemeinschaften

6. Nov. 2000, 19.30 Uhr, Uni Hohenheim, H 10

Erzeugergemeinschaften – Einer für alle, alle für einen ... Vortrag und Diskussion mit S. Ill, regionale Bioland EZG Rottenburg. AK Ökol. Landbau an der Uni Hohenheim, M. Kurz, ☎ 07950-8428

Bienenhaltung

14. - 19. Nov. 2000, LfWS Lauda

Seminar zur naturgemäßen Bienenhaltung. Ländl. Heimvolkshochschule 97922 Lauda, ☎ 09343-589190

Multifunktionale Landwirtschaft

10. - 12. Nov. 2000, Evang. Akademie Bad Herrenalb

Tagung zu „Europas multifunktionaler Landwirtschaft – Herausforderung für Kommunen und Bürger“. Mit dem Bild einer Landwirtschaft, die viele Funktionen (Ernährung, Erhalt der Landschaft und Umwelt ...) erfüllt, geht die EU in die Verhandlungen für ein neues WTO-Agrarabkommen. Wie können Kommunen diese Multifunktionalität unterstützen? Evang. Akademie Baden, ☎ 0721-9175-352, Fax: -350

Agrarumweltprogramme

27. - 28. Nov. 2000, FORUM der fAL in Braun-schweig

Referenten aus Wissenschaft und Verwaltung, von der EU-Kommission und aus anderen europäischen Staaten werden über Erfahrungen mit Agrarumweltprogrammen und ihre zukünftige Ausgestaltung berichten. Agrarumweltprogramme sind seit ihrer EU-weiten Einführung im Jahr 1992 zu einem wichtigen umweltpolitischen Instrument im Bereich der Landwirtschaft geworden. Ihre Bedeutung wurde bei der jüngsten Reform der europäischen Agrarpolitik, der Agenda 2000, (zumindest rhetorisch) weiter gestärkt. Institut für Betriebswirtschaft, Agrarstruktur und ländliche Räume der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (fAL), ☎ 0531-596-545, bak@fal.de

Biogas

1. - 2. Dez. 2000, Alsbuurtal, Schwäbisch-Hall

„Biogas – Mobilisierung der Energiereserve aus der Landwirtschaft“, Tagung und Ausstellung, organisiert von der Fachgruppe Biogas, Weckelweiler, und des Landesgewerbeamt 8-W. Umfassende Informationen zur Biogaserzeugung und -nutzung für heutige und zukünftige Betreiber von Biogasanlagen. Fachgruppe Biogas, Heimsr. 1, 74592 Kirchberg/Jagt, ☎ 07954-926203, Fax: -926204, biogas-service@t-online.de

1. DBB-Bauerntag

1. - 2. Dezember 2000, Potsdam

1. Bauerntag des Deutschen Bauernbundes, in dem die ostdeutschen Verbände der privaten Landwirte zusammengeschlossen sind. Kontakt: Landvolkverband Sachsen-Anhalt, ☎ 03946-708906

Nachhaltige Eiweißversorgung

11. - 13. Dez. 2000, Loccum

Wie kann eine nachhaltige Tierernährung aussehen? Weltweit deckt Sojaschrot 2/3 des Eiweißbedarfes im Tierfutter. Die Nachfrage nach tierischen Produkten wird in den kommenden Jahren weiter zunehmen. Es ist zu diskutieren, wie der wachsende Bedarf nach Eiweiß gedeckt werden kann – durch Ersatz von Soja durch Erbsen, Ackerbohnen, Lupinen, durch die Erhöhung des Aminosäureanteils in den Pflanzen mit Hilfe der Biotechnologie ...? Ziel der Tagung ist es, die Möglichkeiten der Eiweißversorgung unter verschiedenen Blickwinkeln zu diskutieren (aus entwicklungspolitischer, industrieller, landwirtschaftlicher, umweltpolitischer und Verbraucher/-innenicht). Evangelische Akademie Loccum, Postfach 2158, 31545 Rehburg-Loccum, ☎ 05766-81-0, Fax 81-900, Karin.Buhr@evka.de

Hofleben – soziale Gestaltung und Zukunft

2. bis 8. Dez. 2000, Witzenthausen

Konferenz im Rahmen des Studienganges Ökologische Landwirtschaft, Witzenthausen, um Wege zu schaffen, soziale und rechtliche Probleme sowie Arbeitsüberlastung in Familienbetrieben und Betriebsgemeinschaften aufzuzeigen und zu lösen.

Tagungsgebühren: Bei Anmeldung bis 13.11.2000 35 DM, später 45 DM, Tageskarte 10 DM. Konferenzbüro, Friederike Pape, Unter den Weiden 6, 37213 Witzenthausen, ☎ 05542-999353, Fax: -981575, konf2000@wiz.uni-kassel.de

Tag des Ökologischen Landbaus

26. Jan. 2001, Grüne Woche Berlin

Am Vormittag behandelt das „Agrarpolitische Gespräch“ das Thema „Naturschutz und Ökologischer Landbau“ aus Anlass der Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes. Die Position der AGÖL soll mit Vertreterinnen und Vertretern der Naturschutzverbände, des Bundeslandwirtschaftsministeriums, des Bundesamtes für Naturschutz, des Ministeriums NRW und des Deutschen Bauernverbands diskutiert werden. Den Nachmittag bestreift die AGÖL gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft Lebensmittel ohne Gentechnik (ALOG) mit dem Thema „Ökologischer Landbau braucht keine Gentechnik“. Anschließend wird der erste Förderpreis Ökologischer Landbau des BML verliehen.

AGÖL e.V., Brandschneise 1, 64295 Darmstadt, ☎ 06155-2081, AGOEL@t-online.de



Schwäbisch Hällische Jungsaunen

Leistungsstark – stressresistent – beste Fleischqualität

Die Grundlage für eine erfolgreiche Direktvermarktung. Auch aus biologischer Erzeugung erhältlich.

ZECHTERVEREINIGUNG
SCHWÄBISCH HÄLLISCHES SCHWEIN
Haller Str. 26, 74549 Wolpertshausen
Tel. 0 79 94 97 97-18 Fax: / 97 97 - 29
Internet: www.hbk.de

*Klugheit ist berechenbar,
Dummheit nicht!*

Für den Aufbau einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung suchen wir berechenbare Partner.

RME - Aus Liebe zum Land, Regionale Marktprodukt-Erzeuger.

Info: 0172-3408591

**Arbeitsgemeinschaft
bäuerliche Landwirtschaft
Landesverband NRW**



lädt ein zur öffentlichen Informations- und
Diskussionsveranstaltung
am **Mittwoch, 22.11.00 um 19.30**
im **Jägerheim in Wiedenbrück.**

**Das neue Förderprogramm
Ländlicher Raum in NRW**

**Referent: Dr. Thomas Griese, Staatssekretär im Düsseldorfer Mi-
nisterium für Umwelt, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

Weiche Maßnahmen werden nach dem neuen NRW-Programm „Ländlicher Raum“
gefördert? Staatssekretär Dr. Thomas Griese gibt einen Überblick über wichtige
Maßnahmen, u. a. im Bereich artgerechte Tierhaltung, Festmistwirtschaft, Vermark-
tung und Naturschutz. Die anschließende Diskussion bietet die Möglichkeit, offene
Fragen zu klären.

Wegbeschreibung: Autobahn A2 bis Abfahrt Rheda-Wiedenbrück, dann Richtung
Lippstadt (B61/55 – Umgehungsstr. Wiedenbrück) bis zur Abfahrt Paderborn (B64),
die B 64 überqueren, direkt hinter der Brücke liegt die Gaststätte Jägerheim.
Information: ABL NRW, ☎ 05242-577960

Ich werde Mitglied in der ABL

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte Mitglied in der ABL werden
- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von DM 150,-
- Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaar und
Hofgemeinschaften von DM 200,-
- Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von
 DM 200,- DM 250,- oder DM _____ zu
zahlen.
- Ich bin Kleinbauer, Student, Rentner, arbeitslos und
bezahle einen Mitgliedsbeitrag von DM 50,-
(Nachweis füge ich bei)
- Ich bestimme als nicht landwirtschaftliche Unterstützerin
einen Mitgliedsbeitrag von DM 100,-

Mitgliedsadresse:

Name Vorname
Straße PLZ, Ort

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsmächtigung
(Dafür erhalten Sie eine Ermäßigung von DM 1,-)
- Ich bin Abonnent der Unabhängigen Bauernstimme
- ja nein
- Ich bestelle auch die Unabhängige Bauernstimme
(Bitte Coupon auf Seite 24 ausfüllen)

Hiermit ermächtige ich Sie wolle, den von mir zu zahlenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr. BLZ Bank
Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird.
Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die ABL bzw.
Abo-Verwaltung weiterleitet.
Widerrufrecht: Ihre Bestellung kann innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich bei der ABL widerrufen werden.

Unterschrift Datum Beruf

Bitte senden Sie die Bestellung in einem Kuvert an:

AbL e.V. Bauernstimme Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück

IMPRESSUM

Unabhängige Bauernstimme • Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt
e.V., Marienfelder Straße 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, Tel. 05242/48476, Fax: 05242/47838, E-mail: bauernstimme@aol.com, Homepage: <http://www.bauernstimme.de> • **Bankverbindung:** Kreissparkasse Wiedenbrück, BLZ 47853520 Kto 2017838 • **Redaktion:** Ulrich Jasper, Mute Schimpf, Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, Tel. 05242/48185, Fax: 05242/47838 (Redaktions- und Anzeigenschluß: jeweils am 15. des Vormonats) • **Abonnementpreis:** DM 70,- jährlich • **Erscheinungsweise:** monatlich (11 x jährlich) • **Bestellungen, Adressänderungen, Veranstaltungshinweise und Anzeigenaufträge** bitte direkt an den Verlag • **Verlag:** ABL Bauernblatt Verlags-GmbH, Marienfelder Straße 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, Tel. 05242/48185 Fax: 05242/47838 • **Bankverbindung:** Kreissparkasse Wiedenbrück, BLZ 47853520 Kto 2031516 Satz: StadtBlatt Verlags GmbH, Bielefeld • **Druck:** lensing druck, Münster – ISSN-Nr 0934-4632 Postvertriebsstück 1 K 12858 E.

AbL

KONTAKTE

Schleswig-Holstein

Landesverband: Ellen Holste, Reil 5, 24848 Alt Bennebek, ☎ 04624/800312
Bernd Voss, Diekdorf Nr. 124, 25554 Wilster, ☎ 04823/8505, Fax: /75330
Hinrich Lorenzen, Winderatt 14, 24966 Sörup, ☎ 04635/2141, Fax: /2114
Pföb: Matthias Stürwaldt, ☎ 04328/679
Flensburg: Heiner Iversen, ☎ 04631/7424, Fax 04631/3852

Niedersachsen

Landesverband: 29587 Luttmissen Nr. 2, ☎ + Fax 05822/2368
Heide-Weser: Karlheinz Rengsdorf, ☎ 04233/669; Ulrike Heilberg-Manke, ☎ 04231/63048
Elbe-Weser: Hinrich Burfeind, ☎ 04762/1593; Ada Fischer ☎ 04723/3201, Fax: 04723/2118
Wendland-Osthede: Horst Seide, ☎ 05865/1247
Niedersachsen-Mitte: Hartmut Holleemann, ☎ 05121/510694
Südniedersachsen: Andreas Backfisch, ☎ 05508-999989, Fax: 05508-999245

Nordrhein-Westfalen

Landesverband NRW: Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, ☎ 05242/48476, Fax 05242/47838
Herford: Friedel Gieseler, ☎ 05221/62575
Minden-Lübbecke: August Seele, ☎ 05702/9152
Helweg: Ulrike Ostendorf, ☎ 02307/62281, Wilhelm Eckel, ☎ 02378/2991
Sauerland: Dorothee Biermann, ☎ 02973/2557
Höxter-Warburger Land: Hubertus Hartmann, ☎ 05273/35447
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, ☎ 05404/5264
Gütersloh: Erika Kattenbroth, ☎ 05241/57069
Düren: Monika Löwenich, ☎ 02425/901458

Hessen

Mittelhessen: Ernst-Günter Lang, ☎ 06441/75502, Fax: 06441/975995
Nordhessen: Bernhard Wicke, ☎ 05665/1403; Onno Poppinga, ☎ 05673/3540

Rheinland-Pfalz

Landesverband: Auf'm Kreuzchen 2, 56290 Wornroth ☎ 06762/951170, Fax: 06762/951191
Regionalverband Eifel: Heribert Hoffmann, Lindenstr. 5a, 54597 Ellwerrath, ☎ 06551/2636, Fax: - 985783
Regionalverband Hunsrück-Nahe: Karin Auler-Weber, Auf dem Rech 4, 55481 Oberkostenz, ☎ 06763/601, Fax: 06763/558
Koblenz-Mayen: Engelbert Jung, ☎ 02607/552

Baden-Württemberg

Landesverband: Laubachtal 1, 88484 Guttenzell, ☎ 07352/8928, Fax: 07352/941422
Nordschwarzwald: Georg Bohnet, ☎ 07443/3990, Martin Reiter, ☎ 07524/2272; Hedwig Noll, ☎ 07463/729
Nord-Württemberg: Brigitte Steinmann, ☎ 07062/61620; Ulrike + Wolfgang Reimer, ☎ 07971/8584
Göppingen: Gerhard Übele, ☎ 07166/422
Oberschwaben: Albrecht Stiefel, ☎ 0751/91171; Josef Bopp, ☎ 07352/8928
Schwarzwald-Baar: Klaus Elble, ☎ 07808/1311, Fax: 07808/910453
Ortenaukreis: Tilo Braun, ☎ 07805/5465
Bodensee: Anneliese Schmech, ☎ 07553/7529, Fax: 07553/82878
Allgäu: Bärbel Endraß, ☎ 07528/7840, Fax: 07528/927590

Bayern

Regionalverband Schwaben: Josef Böck, Leipheimer Str. 8, 89347 Bubesheim, ☎ 08221/6326; Hermann Holl, ☎ 07302/6512
Bayerisches Oberland: Hans Pischelbrieder ☎ 08178/5478;
Franz-Josef Grenzobach, ☎ 08609/603
Landshut-Vilstal: Josef Schmidt, ☎ 08742/8039
Bogen (Bayerischer Wald): Hermann Ertl, ☎ 09963/1590; Martin Wothaler, ☎ 09967/0697
Franken: Gabriel Deinhardt, ☎ 09194/8480; Jasmin Berger ☎ 09565/6838

Mecklenburg-Vorpommern

Kontakt: Jörg Gerke, Ausbau 5, 18258 Rukieten, ☎ 038453/20400

Geschäftsführer: Georg Janßen, Schillerstr. 11, 21335 Lüneburg, ☎ 04131/407757, Fax 04131/407758
Arbeitskreis Frauen: Ulrike Hasenreier-Reimer, Flurstr. 6, 74405 Gaildorf-Reip-
persberg, ☎ 07971/8584, Fax 07971/5718
AgrarBündnis e.V.: Friedrich von Homeyer, Zur nassen Ecke 2,
49565 Bramsche-Epe
Neuland e.V.: Baumschulallee 15, 53115 Born 1, ☎ 0228/604960
Europäische Bauernkoordination EBK-CPE, Rue de la Sablonnière 18, B-
1000 Brüssel, ☎ 00322/2173112, Fax 2184509, E-mail: cpe@cpefarmers.org
**Verein zur Förderung des Anbaus und der Verwertung von Hanf, Marienfeld-
erstr. 14, 33378 Rheda Wiedenbrück, ☎ 05242/48476, Fax: 05242/47838**
Projektbüro Hanf, Haus Dösse, Dalke Lohmeyer, 59505 Bad Sassendorf/Os-
tinghausen, ☎ 02945/989195, Fax: 02945/989133
Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugesühren,
Adi Lambke 05864/233, Anneliese Schmech 07553/7529, Johann Schamann
09861/3945

Vergnügungen im späten Herbst

den letzten Acker pflügen
vor dem Winter
in der Kabine ist es warm
doch draußen fallen die Blätter
weil der Westwind so wild weht
rundherum ein Möwenschwarm
Gekreisch und Geschrei
mischt sich unter die Musik
aus dem Radio

Sonnenuntergänge
aus der Stalltür betrachtet
niemals sonst sind sie
so kitschig wie im November
lila und rosa
leuchtet der Himmel
wie sonst nur auf Fototapeten
oder Postkarten



Büroarbeit
wenn die Liebste reinkommt
und mich stört
und mit mir plaudert

die Tiere besuchen
im Moor
noch harren sie tapfer aus
sogar die wilden Starken freuen sich
wenn ich jetzt komme
mit Heu und Schrot
als ich wieder fahren will
stehen sie am Zaun
im Nieselregen
und schauen mir nach
Bauer hol uns heim!
rufen ihre Augen
wir wollen auch immer artig sein

von draußen reinkommen
durchgefroren nassgeregnet
die Wärme spüren
wie sie zurückkehrt
in den Körper
bei einer Tasse Tee
oder warmer Milch mit Honig
wie schön
dass die Häuser Dächer haben
dass der Mensch das Feuer beherrscht
meistens jedenfalls

die neue Silage
erster Schnitt
unter der Plane duftet es
goldgelb und würzig
die Kühe stürzen sich darauf
wie Bauern aufs Freibier

die alte Silage
dunkelgrün und stinkig
wenn sie endlich alle ist

Ruhe
Zeit
Muße
Gelassenheit

der Blick aus dem Fenster
bei Kaffee und Musik
Wind treibt Regen übers Land
und biegt die Bäume
meine Gedanken streuen umher
wie Nachbars Hund

Nachmittage
die fast warm sind
beim Füttern ohne Jacke
scheinen Sonne und Mond
und ach
diese seltenen Sonntagvormittage
gemeinsam im Bett
die ganze Familie
auf Schaffellen
unter dicken Daunendecken
ist es niemals kalt

später dann
irgendwann
verkrümeln sich die Kinder
und versprechen
sich ausnahmsweise leise zu streiten
schließen die Tür
und lassen und allein
die Liebe die Liebste
und mich

Matthias Stührwoldt

UNABHÄNGIGE Bauernstimme: für Gedankenstreuner

11/2000

Zutreffendes bitte ankreuzen

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (DM 70,- im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf DM 50,- gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 120,- DM im Jahr
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von DM 35,- bzw. DM 70,- für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 10 DM für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken)

Zustelladresse

Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname

Name, Vorname

Straße

Straße

PLZ, Ort

PLZ, Ort

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung
Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr

BLZ

Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abuzitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnentin / des Abonnenten
(bei Geschenkabo Unterschrift des Auftraggebers)

Datum

Benuf

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, 33378 Rheda-Wiedenbrück, Marienfelder Straße 14 oder FAX 05242-47838